

Neues Pester Journal.

Abonnement: Ganzjährlich 80 Kronen; halbjährlich 40 Kronen; vierteljährlich 20 Kronen; monatlich 7 Kronen 50 Heller. Einzelne Nummern in Budapest, in der Provinz und auf den Bahnhöfen 30 Heller.

Achtundvierzigster Jahrgang.

Erscheint (mit Ausnahme des Montags) täglich. Redaktion und Administration: Vilmos császár-út (Kaiser Wilhelmstraße) Nr. 34. Telefon: Redaktion 26-09. Administration 26-10, 23-31

Die freie Ausübung der Religion. Verordnung des Volkskommissärs für Unterrichtswesen.

Die Räterepublik betrachtet die Religion als die Privatangelegenheit eines jeden Menschen und sichert jedem die freie Ausübung seiner Religion.

Die Räterepublik betrachtet all jene als Feinde der revolutionären Ordnung, die wen immer in der freien Ausübung seiner Religion hindern oder stören.

Ein Teil der Geistlichkeit schürt jedoch unter dem Vorwande der freien Ausübung der Religion eine offene oder verhüllte gegenrevolutionäre Bewegung und agitiert in religiösen Zusammenkünften gegen die Ordnung, den Geist und die Einrichtungen der Räterepublik. Zu diesem Zwecke werden an den meisten Orten die religiösen Zusammenkünfte der Charwoche ausgenutzt. Die Revolutionäre Räteregierung wird solche Mißbräuche mit der rückwärts losen strengen ahnden, sie befiehlt jedoch sämtlichen lokalen Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräten, sowie den unter Kontrolle wirkenden Organen und Beauftragten der Räterepublik, die Freiheit der Zusammenkünfte wirklich religiösen Charakters (so zum Beispiel die sogenannten Auserkehrungsprozessionen am Charfreitag) mit aller Energie zu sichern.

Die Räterepublik wünscht in Zukunft auch in dieser Form sich in die Angelegenheit der freien Ausübung der Religion nicht einzumengen, da jedoch derzeit die Gegenrevolutionäre an vielen Orten die noch nicht gehörig aufgeklärten Massen damit gegen die Herrschaft der Arbeiter, Soldaten und Bauern aufreizen, daß die Proletariatsdiktatur eine Feindin der Gewissensfreiheit sei; da die Volksbetörer verkünden, daß die Räterepublik die Religion aufheben, die Gotteshäuser und Kirchen ihrer Bestimmung entziehen wolle; da es sogar solche gibt, die sich nicht entblöden, zu verkünden, daß die Räterepublik die Frauen „kommunizieren“ wolle, ordne ich folgendes an:

Die Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte haben dafür zu sorgen, daß am Oster Sonntag und an den darauffolgenden zwei Sonntagen die Geistlichen von der Kanzel herab dem Volke verkünden und erklären sollen, daß

1. die Räterepublik jedem die volle Religionsfreiheit sichert, daß
2. die Geistlichen in ihren religiösen Handlungen, in der Verrichtung ihrer religiösen Zeremonien durch niemanden gestört werden dürfen, daß
3. die Kirchen und religiösen Zwecken dienenden sonstigen Gebäude (Kapellen, Gnadenorte etc.) auch fortan ausschließlich religiösen Zwecken dienen werden und daß man aus den Kirchen weder Theater noch Kabarets, Versammlungsorte oder Kulturhäuser machen werde; daß
4. der Kommunismus, die Räterepublik, die Proletariatsdiktatur die bisherige Ordnung der Ehe und des Familienlebens nicht abändern will und auch nicht abändern wird, die Frauengemeinschaft nicht einführen will und auch nicht einführen wird und daß
5. die Räterepublik all jene, die das Gegenteil hiebon verkündend, das Volk irreführen, als

Feinde der revolutionären Ordnung betrachtet und gegen sie als solche vorgehen wird.
Budapest, am 17. April 1919.

Sigmund Kunfi m. p.,
Volkskommissär für Unterrichtswesen.
Ich ordne an, daß sich die Delegierten der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte durch persönliche Anwesenheit davon überzeugen, ob die in Angelegenheit der freien Ausübung der Religion vom Volkskommissariat für das Unterrichtswesen am 17. April 1919 ausgegebene Verordnung in jeder Kirche verlesen und mit einem dem Geiste der Verordnung entsprechenden Erläuterung begleitet wird. Ich ordne ferner an, dem Volkskommissariat für das Unterrichtswesen über den Vollzug der Verordnung unverzüglich schriftlich Bericht zu erstatten.

Budapest, 17. April 1919.
Sigmund Kunfi,
Volkskommissär für Unterrichtswesen.
Ich ordne an, daß die israelitischen Seelsorger den meritorischen Inhalt der am 17. April 1919 erlassenen Verordnung in Angelegenheit der freien Ausübung der Religion in allen israelitischen Tempeln an zwei nach einander folgenden Sonntagen, namentlich am 26. April und am 3. Mai verlesen und dem Geiste der Verordnung getreu erläutern.

Die Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte sollen sich im Wege je eines Delegierten persönlich von der Durchführung der Verordnung überzeugen und hiebon dem Volkskommissariat für Unterrichtswesen unverzüglich schriftlich Bericht erstatten.
Budapest, 17. April 1919.

Sigmund Kunfi,
Volkskommissär für Unterrichtswesen.

Die oben mitgeteilte Verordnung des Volkskommissärs für Unterrichtswesen löst das Problem der Religionsfreiheit in ebenso radikaler wie echt liberaler Weise und ist geeignet, allenthalben Befriedigung auszulösen. Sie erklärt klipp und klar, daß die Räterepublik die Religion als Privatfache betrachte, die freie Ausübung der Religion jedermann sichere und den, der wen immer in der freien Ausübung seiner Religion hindert, als Feind der revolutionären Ordnung betrachte. Einfacher und radikaler konnte eine Frage gar nicht gelöst werden; die Lösung entspricht ebenso der Anforderung der vollständigen Gewissensfreiheit wie dem Geiste der räterepublikanischen Verfassung. In der verschwundenen Epoche gab es rezitierte, tolerierte und mehr minder unterdrückte und verfolgte Konfessionen; der Staat mengte sich in die religiösen Angelegenheiten, gab einzelnen Konfessionen Vorrechte und schloß andere ausgesprochen oder stillschweigend aus öffentlichen Aemtern aus. Diesem demütigenden Zustande ist mit einem Federstrich ein Ende gemacht worden. Religion ist Privatfache; jedermann kann — nach dem bekannten Worte Friedrichs II., das dieser selbst aber nicht verwirklichte — nach seiner Fassung selig werden; er darf glauben, was er will, wenn er anderen seinen Pflichten der Räterepublik und seinen Mitmenschen gegenüber Genüge tut.

Im Anschlusse an die Dekretierung der wahren Religionsfreiheit trifft das Volkskommissariat auch Maßnahmen gegen jene Seelsorger, die die Kanzel zu gegenrevolutionärer Propaganda mißbrauchen und allerlei wahnwitzige Gerüchte aus-

sprengen, die die Räterepublik zu diskreditieren bezwecken. Um diesem nicht scharf genug zu verurteilenden Unfug zu steuern, ordnet das Volkskommissariat für Unterrichtswesen an, daß in Gegenwart von Mitgliedern der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte in den Kirchen an drei Sonntagen, in den israelitischen Tempeln an zwei Sonntagen von der Kanzel herab den Gläubigen verkündet werde, daß die Räteregierung die vollste Religionsfreiheit proklamiert habe, daß sie niemand in der Ausübung seiner Religion hindere und die Satzungen der Religion in keiner Weise antaste und daß all die widersinnigen Ausstreunungen, als ob die Gotteshäuser in Theater usw. umgestaltet, die Ehe abgeschafft, die Frauen „kommuniziert“ würden usw., jeder Grundlage entbehren. Durch diese nur zu billige Maßnahme wird der Betörung und Freijührung des Volkes ein Riegel vorgeschoben; die Geistlichkeit wird sich fortan an ihre ausschließliche Aufgabe halten müssen, das Glaubensleben der ihnen anvertrauten Gemeinden im Sinne der wahren Religiosität zu leiten.

Die Verordnung des Volkskommissärs für Unterrichtswesen ist eine Kulturtat ersten Ranges und wird überall als solche gewertet werden.

Die Rote Armee.

Abschaffung der Rangabzeichen.

Verordnung des Volkskommissariats für Kriegswesen.

Die Rote Armee kennt keinerlei Rangstufen oder Rangabzeichen, sie hat nur Kommandanten und Soldaten. Die Kommandanten und die mit besonderer Mission betrauten Individuen tragen im Dienste auf dem linken Arm eine 10 Zentimeter breite rote Armbinde mit Bezeichnung der Verwendung. Die diesbezüglichen detaillierten Verfügungen sind in der an die Kommanden sämtlicher Divisions- und Brigadegruppen am 7. April 1919 Zahl 7493 erlassenen Verordnung enthalten. Das Tragen jedes sonstigen Kommandanten- oder anderen Distinktionsabzeichen ist verboten.

Bis zur Abtragung der gegenwärtig noch benützten Kleider verordne ich folgendes:

1. Zu entfernen sind die den ehemaligen Offiziers- und Unteroffizierscharakter zeigenden folgenden Distinktionen:

- a) Sterne, Paspoiles und Posamentieren;
 - b) Offiziers- und Unteroffiziersportepées (an den Säbeln ist das lederne Mannschaftsportepée zu tragen);
 - c) Gold- und Silberverschmierung und Aehlschmüre (zu tragen sind die ehemaligen Mannschaftsverschmüre);
 - d) vom Manteltragen der Knöpfe;
 - e) die eine spezielle Ausbildung anzeigenden Offiziers- und Unteroffiziersabzeichen (statt diesen sind die ehemaligen Mannschaftsabzeichen zu tragen).
2. Bis zum Abtragen der gegenwärtigen Kleider sind die Unterschiede in Zuschnitt, Farbe und Stoff, wie auf dem doppelreihigen Dragonermantel sechs Knöpfe, Saum- und Pelzkragen, Futter, Aufschläge, Säume etc. zu belassen. Die neuanzufertigenden Kleider sind bis auf weitere Verfügung nach dem für die Soldaten vorgeschriebenen Muster anzufertigen.

Diese Verordnung ist sofort durchzuführen und ist niemand berechtigt, eine andere, von dieser abweichende Verordnung zu erlassen.

Das Volkskommissariat für Kriegswesen.

Es ist zu meiner Kenntnis gelangt, daß Mit-

glieder der Roten Armee mit Berufung darauf, daß sie durch Ermächtigung seitens des Kommandos bei Vorweisung ihrer Soldkarte die Straßenbahn gratis benutzen können, die Lösung einer Fahrkarte verweigern. Der bloße Umstand, daß Jemand Mitglied der Roten Armee ist, berechtigt nicht zur freien Fahrt auf der Straßenbahn. Bei Fahrten außer Dienst ist jedes Mitglied der Roten Armee und Wache ein Billet zu lösen verpflichtet. Dienstlich fahrenden Roten Soldaten wird in jedem einzelnen Falle ein auf den Tag und die Route lautendes Zertifikat vom Kommandanten ausgestellt, dessen Unterschrift mit beigedrucktem Stempel darauf ersichtlich ist. Ständige Zertifikate werden nur ständigen Uniformierten oder Sendungsdienst versehenen Individuen ausgestellt. Diese Legitimationen sind beim Aufhören solcher dienstlicher Verwendung sofort wieder einzuziehen. Auf der Straßenbahn fahrende Soldaten der Roten Armee haben auf Verlangen des Kondukteurs oder Kontrollors ihre Personlegitimation stets vorzuweisen. Dieser Befehl ist den auf Budapest Gebiet stationierten Roten Soldatenformationen ehebaldigst kundzugeben.

Das Volkskommissariat für Heereswesen.

Verordnungen des Volkskommissariats für allgemeine Versorgung.

Fleischlose Woche vom 23. bis einschließlich 29. April.
— Beschlagnahme des Honigs. — Verbot der gefärbten Eier.

Durch Verordnung 3. 13 K. N. wird die Tier- und Futtermittel-Aktiengesellschaft aufgelöst und an ihrer Stelle eine Landes-Tier- und Fleischverkehrs-Zentrale errichtet.

In Sinne der Verordnung 3. 14 K. N. können für Budapest und Umgebung zum Konsum bestimmtes Schlachtvieh und andere Schlachttiere, sowie Fleisch ausschließlich nur von der durch obige Verordnung ins Leben gerufenen Landes-Tier- und Fleischverkehrs-Zentrale in Verkehr gebracht werden.

Verordnung 3. 15 K. N. verbietet für den Zeitraum vom 23. bis einschließlich 29. April 1919 auf dem ganzen Gebiete des Landes den Verkauf rohen (frischen) Rindfleisches und rohen (frischen) Schweinefleisches, sowie dessen Benutzung für den Konsum. In diesen Tagen dürfen weder in Privathauskochen, noch in Gastwirtschafts- oder ähnlichen Betrieben Speisen aus rohem (frischen) Rindfleisch oder Schweinefleisch bereitet und verabreicht werden. Aus Gesundheitsrücksichten, wenn begründet, kann das Volkskommissariat für allgemeine Versorgung in einzelnen Fällen Ausnahmen gestatten. Auf Kalbfleisch, Schafffleisch, Ziegenfleisch, Fische, Wild, Geflügel und Räucherfleisch erstreckt sich die Verordnung nicht. Neben der Verordnung bleiben jedoch die auf Beschränkung des Fleischkonsums bezüglichen sämtlichen anderen Verfügungen in Kraft.

Verordnung 3. 16 K. N. befiehlt die Anmeldung und Sequestrierung der Vorräte von Scheiben- und Tropfhonig. 5 Kilogramm nicht übersteigende, sowie zur Honigproduktion nötige Vorräte brauchen nicht angemeldet zu werden. Die Anmeldungen sind an die Landes-Kartoffel-, Grünzeug-, Gemüse- und Obstzentrale (4. Bezirk, Stadthausgasse 4) zu richten.

Verordnung 3. 17 K. N. löst die Grünzeug- und Obstverkehrs-Kommission auf und weist die Grünzeug- und Obstexport-Kommission und deren Agenden in den Wirkungsbereich der zur Kontrolle der Landes-Kartoffel-, Grünzeug- und Obstzentrale entsendeten Exekutiv-Kommission.

Verordnung 3. 18 K. N. verbietet das an den Osterfeiertagen übliche Färben der Eier und die Inverkehrsetzung gefärbter Eier.

Durch Verordnung 3. 19 K. N. wird im Interesse der Versorgung der Budapestener Bevölkerung mit Fischen die Aktiengesellschaft für Fischzucht damit betraut, Fische in Verkehr zu bringen.

Der Möbelbedarf des Proletariats.

Befehl Nr. XII.

Zur Deckung des Möbelbedarfs wird ein Zentral-Möbelverteilungsamt (IV., Veres Pálné-gasse 24) der organisierten Arbeiterschaft auf Ratenzahlung errichtet. Da Möbel in beschränkter Menge dem Proletariat zur Verfügung stehen, werden die in sämtlichen Möbelhandlungen, Niederlagen, Fabriken und Werkstätten befindlichen fertigen sowie auch in der Groß- und Klein-

industrie in Arbeit befindlichen und zu verfertigenden Möbel in Beschlag genommen. Die Anspruchsberechtigung der Proletarier auf Möbel-einrichtungen und Einrichtungsgegenstände wird auf Grund der Angaben der Hausvertrauenspersonen durch die zuständigen Bezirksarbeiterräte und die der Umgegend festgestellt und das Möbelverteilungsamt wird nach Überprüfung durch das Zentral-Wohnungskommissariat die Anweisung, beziehungsweise Verteilung durchführen.

Es wird angeordnet, daß sämtliche Möbelhandlungen, Möbelfabriken und Tischereien (Werkstätten) binnen achtundvierzig Stunden zwei Exemplare des Inventars ihres Geschäftes, ihrer Werkstätte und Niederlage nebst Bezeichnung des Anschaffungs-, beziehungsweise Herstellungspreises, wie auch des Zeitpunktes der Anschaffung, beziehungsweise Herstellung dem Zentral-Möbelverteilungsamt einzusenden haben.

Die Möbel sind auf Ratenzahlung zu bekommen.

Sämtliche Bezirksarbeiterräte und die der Umgegend wie auch die Wohnungskommissionen werden aufgefordert, alle erwerbaren verborgenen Möbelniederlagen wie auch die überflüssigen Möbelvorräte der verlassenen und freigewordenen Wohnungen dem obigen Amte sofort mitzuteilen. Die vor Verkauf des vorliegenden Erlasses verkauften, doch bisher nicht weggeführten Möbel bilden das Eigentum der sich legitimierenden Käufer. Mit dem Erscheinen des vorliegenden Erlasses beginnt das Zentral-Möbelverteilungsamt (IV., Veres Pálné-gasse 24) sofort seine Tätigkeit.

Budapest, 17. April 1919.

Tibor Szamuely m. p. Béla Vágó m. p.

Sonderzüge.

Verordnung V/H. N. des Volkskommissariats für Heereswesen.

Es ist wiederholt vorgekommen, daß Behörden, Körperschaften oder Organe ohne Verfügungsrecht vor einzelnen Bahnhofsstationen eigenmächtig, sogar auch mit Inanspruchnahme von Brachialgewalt die Zusammenstellung und die Abfahrt von Sonderzügen erzwingen haben.

Mit Rücksicht auf den herrschenden großen Kohlenmangel ordne ich an, daß Sonderzüge nur mit Bewilligung durch die Volksbeauftragten für Eisenbahnwesen abgefahren werden dürfen. Die Abfahrt von Sonderzügen zu unaufrichtbaren Kriegsoperations- und Brachialzwecken kann im Sinne der Weisung der Sektion XI des Volkskommissariats für Heereswesen auch von den kompetenten Streckenkommanden durchgeführt werden. Wer in Zukunft eigenmächtig, mit Außerachtlassung der Verordnung die Zusammenstellung oder die Abfahrt von Zügen, beziehungsweise Sonderzügen erzwingt, gelangt vor das Revolutionsgericht.

Budapest, 16. April 1919.

Volkskommissariat für Kriegswesen.
Volksbeauftragte.

Die Heilbäder und Mineralwasserquellen öffentliches Eigentum.

Verordnung Nr. LIII der Revolutionären Räte-regierung.

Laut dieser Verordnung gelangen die Heilquellen, die Mineralwässer ausarbeitenden oder in Verkehr gebenden Unternehmungen, die in den Heilbädern befindlichen Sanatorien, Hotels, Pensionen in öffentlichen Besitz. Zwecks Durchführung dieser Verordnung hat der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat jeder Gemeinde, in der sich ein derartiger in öffentliches Eigentum übernommener Betrieb befindet, unverzüglich einen dreigliedrigen Kontrollrat zu delegieren.

Volksbeauftragter Illés über die öffentliche Versorgung.

Der Volksbeauftragte für öffentliche Versorgung Artur Illés hat sich über die Regelung der öffentlichen Verpflegung folgendermaßen geäußert:

— Eine der Hauptaufgaben der Proletariatsdiktatur bildet die Schaffung der Ordnung, Disziplin und der allgemeinen Zufriedenheit. In der öffentlichen Verpflegung des Landes ist nach der Ausrufung der Proletariatsdiktatur eine ganze Reihe von Lebensmittelartikeln vom Markte verschwunden, besonders solche Artikel, die früher in Umgebung der Verordnungen über die Maximalpreise in Verkehr gesetzt worden waren. Solche Lebensmittelartikel waren zum Beispiel: das aus Mulkermehl verfertigte Gebäck, Butter, Fett usw. Diese erstklassigen Lebensmittel

wurden dem Publikum zu horriblen Preisen verkauft. Es ist jedoch interessant, daß diese Artikel ohne das Erscheinen jedweder Verordnungen einfach verschwunden sind. Diejenigen, die diese Lebensmittel in Verkehr gebracht hatten, befürchteten nämlich ganz richtig, daß die Leute der Proletariatsdiktatur keinen Augenblick lang die Mißbräuche und die Auspöcherung der Proletarier dulden würden. Natürlich haben auch andere politische und wirtschaftliche Gründe bei der Herabminderung der Zufuhr von Lebensmitteln mitgespielt, obwohl wir auch konstatieren müssen, daß auch schon vor der Proletariatsdiktatur die Menge der zugeführten Lebensmittel geringfügig minimal gewesen war. Eine der Hauptursachen des bedeutenden Niederganges der Zufuhr an Lebensmitteln bestand auch darin, daß einzelne Arbeiterräte, lokale Interessen vor Augen haltend, die Lebensmittel nicht aus ihren Bezirken herausließen. Die hauptsächlichste Aufgabe des Volkskommissariats für öffentliche Versorgung besteht jetzt in der systematischen und einheitlichen Organisation der Zufuhr von Vieh und von Lebensmitteln.

Die industrielle Arbeiterschaft hat erwartet, daß die Schaffung der Proletariatsdiktatur die Preise der Lebensmittel wesentlich herabsetzen werde. So wünschenswert dies auch wäre, kann es leider noch nicht von heute auf morgen verwirklicht werden. Auf die Preisbildung üben nämlich zahlreiche wirtschaftliche Faktoren einen richtunggebenden Einfluß aus, besonders die Menge der produzierenden Warenartikel und die Bildung der Kosten der Produktion. Es ist wohl wahr, daß die Ausmerzung des vielfachen illegitimen Aufwands, sowie der in den Wertverteilungsprozess eingebundenen Agenten und Kettenhändler stellenweise diese Lage einigermaßen gebessert hat. Jetzt bildet es unser wichtigstes Bestreben, daß die Proletariatsdiktatur mit drakonischer Strenge diejenigen treffe, die die festgestellten Maximalpreise überschreiten und sonstige Mißbräuche zum Schaden der öffentlichen Versorgung begehen. Die wesentliche Herabminderung der Preise jedoch kann nur durch großangelegte Steigerung der Produktion hervorgerufen werden.

Hoffentlich werden sowohl die industrielle Arbeiterschaft als auch das landwirtschaftliche Proletariat die von der Proletariatsdiktatur geschaffene Lage verstehen und mit allen Kräften das Volkskommissariat für öffentliche Versorgung in seiner überaus schweren und wichtigen Aufgabe unterstützen. Besonders bauen wir auf die Mitwirkung der armen Bauern, die heute die Produktion in die Hand genommen haben, um die Bevölkerung der Städte, besonders aber das Proletariat der Hauptstadt, mit den notwendigsten Lebensmitteln zu versehen.

Die Friedenskonferenz.

Die Unterzeichnung des Friedensvertrags am 2. Mai.

Paris, 17. April. (Funkpruch.) Die „Chicago Tribune“ meldet, daß die Unterzeichnung des Friedensvertrages mit Deutschland wahrscheinlich am 2. Mai erfolgen und Wilson am nächsten Tage abreisen werde.

Die Verantwortlichkeit der an dem Kriege Schuldigen

Paris, 17. April. (Funkpruch.) Nach dem „Temps“ hat der Viererrat in der Frage der Verantwortlichkeit die Schlußfassung der Verantwortlichkeitskommission abgeändert und entschieden: 1. daß die Untersuchung gegen unbekannte Täter anzustellen wäre, und zwar nach Vorerhebungen, wer für den Kriegsbeginn und die Eröffnung der Feindseligkeiten verantwortlich wäre; 2. daß jene Personen, welche während des Krieges Verbrechen begangen haben, nicht von einem internationalen Gerichtshof, sondern von den Militärgerichten jener Länder abzuurteilen sein werden, wo diese Verbrechen begangen worden sind.

Brodorff-Kanzler gegen die Besetzung des Saarbeckens und des Rheinlandes.

Berlin, 17. April. In einer Unterredung mit dem Korrespondenten der „Newport Sun“ Karl G. Wygand erklärte Reichsminister Graf Brodorff-Kanzler, er könne nicht glauben, daß die Meldung der „Agence Havas“ über die Regelung der Frage des Saarbeckens und der militärischen Besetzung des Rheinlandes mehr als ein Versuchsballon sei, um festzustellen, welche Zumutungen die öffentliche Meinung in Deutschland ertragen könne. Der angebliche Inhalt der Bestimmungen stehe zu sehr im Widerspruch mit den Grundsätzen, die Wilson als Unterlage für den Friedensschluß verkündete und die von den Kriegführenden im November 1918 angenommen wurden. Die Bestimmungen über das Saargebiet seien nichts als eine verhüllte Annexion.

„Ich werde — sagte der Kanzler — einen solchen Friedensvertrag, der diese Bestimmungen enthält, niemals unterzeichnen.“
Selbstverständlich hat Frankreich Anspruch auf

Schadenersatz für seine zerstörten Bergwerke, Deutschland ist auch geneigt und fähig diesen Schadenersatz zu leisten. Wenn an Stelle von Machtpolitikern erfahrene Geschäftsleute diese Frage zu regeln hätten, so würden sie den Weg finden, der Frankreich sicherlich zu einem hinreichenden Ersatz verhelfen und dabei zu einer Annäherung und nicht zu einer dauernden Entfremdung der beiden Völker führen würde. Wir sind bereit, den französischen Friedensdelegierten entsprechende Vorschläge zu machen. Wir hoffen, daß sich bei den Verhandlungen das Mißtrauen zerstreuen läßt. Der Weltkrieg sollte uns doch durch die Erfahrung von der Solidarität der Völker, die er uns gebracht hat, über die Solidarität unserer wahren Interessen aufgeklärt haben.

Die Entwaffnung Deutschlands an seiner Rheingrenze würde erträglich sein, wenn sie auf Gegenseitigkeit beruhte. Unerträglich aber ist die einseitige dauernde Besetzung seitens Frankreichs. Der Gedanke, die finanziellen Verpflichtungen ließen sich nur durch territoriale Okkupation sichern, ist veraltet und mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker nicht vereinbar. Die deutsche Regierung hält jedenfalls an der Notwendigkeit fest, daß mit dem Abschluß des Friedens der Grund für eine Besetzung deutschen Gebietes durch feindliche Truppen wegfällt.

Unzufriedenheit in der französischen Kammer.

Paris, 16. April. („Savas.“) Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung der Kammer standen die Anträge, wodurch die Regierung aufgefordert wurde, Aufklärungen über die Pariser Konferenz zu erteilen. Die Antragsteller gaben ihrem Bedauern darüber Ausdruck, daß die Regierung nicht die Friedenspräliminarien in den Hauptzügen bekanntgibt. Auch der Obmann des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten Franklin-Bouillon beklagt sich über das Stillschweigen der Regierung und erklärt, daß sie und die früheren Regierungen sich verpflichtet hatten, mit dem Parlament zusammen zu arbeiten. Er fragte, ob Frankreich sich mit diesem Regime zufriedengeben sollte. Im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen meint Redner, daß es den Anschein habe, daß die polnische Frage nicht so gelöst werden sollte, wie es wünschenswert wäre und sagt: Wenn es kein starkes Polen mit Danzig gibt, dann wird es keinen dauernden Frieden in Europa geben. Er protestiert dagegen, daß die Öffentlichkeit über die Lage in Rußland, in Mitteleuropa und im Orient nicht unterrichtet werde und schließt mit der Erklärung, daß er und seine Parteifreunde der Regierung nicht weiter ihr Vertrauen bewilligen können.

Da mehrere Zwischenrufer die Verschiebung der Debatte auf morgen verlangen, ergreift Minister des Außern Pichon das Wort. Er verlangt, daß die Debatte geschlossen werde und stellt die Vertrauensfrage. Wenn, sagt er, in einem der verbündeten Parlamente weitgehende Erklärungen abgegeben werden sollten, dann werde die Kammer Aufklärungen verlangen können und in der Lage sein, die Erörterung jederzeit von neuem zu eröffnen.

Hierauf wird ein von Jean Bon (Sozialist) eingebrachter Antrag, wonach sich die Kammer als Geheimkomitee konstituieren soll, ebenso der Antrag auf Verschiebung der Debatte auf den nächsten Tag mit 334 gegen 166 Stimmen verworfen. Die Abgeordneten Mahoras und Renaudel protestieren gegen den Schluß der Debatte und verlangen öffentliche Abstimmung darüber. Die Kammer beschließt in diesem Sinne. Die Abstimmung wird nachmittag erfolgen.

Vertrauenskundgebung für das französische Kabinett.

Paris, 16. April. („Neuter-Bureau.“) Nach der Debatte über die Friedensbedingungen sprach die Kammer der Regierung mit 360 gegen 120 Stimmen ihr Vertrauen aus.

Neuerliche Verletzung des Waffenstillstandes durch die Rumänen.

Das „Ang. Tel.-Korr.-Bureau“ meldet: Obwohl die Räteregierung den Waffenstillstand in vollem Maße anerkannte und mit der Entente Verhandlungen führt, haben die Rumänen unter neuerlicher flagranter Verletzung des Waffenstillstandsvertrages unsere an der siebenbürgischen Grenze stehenden Truppen angegriffen. Sie begannen den Angriff am 16. d. und jetzt ihn heute fort.

Sturz der lettischen Regierung.

Königsberg, 17. April. Die provisorische lettische Regierung ist durch Truppenteile der baltischen Landestwehr, die von der Front nach Libau gebracht worden waren, gestürzt worden. Der lettische Ministerpräsident ist zur englischen Kommission geflohen. Der Minister des Innern, der als besonders reaktionär gilt, wurde verhaftet. Das Schicksal der übrigen Minister ist noch unbekannt.

Das Vordringen des Bolschewismus.

Vordringen der Bolschewistenarmeen in der Krim und in Galizien.

Newyork, 17. April. (Funkpruch.) Die Newyorker „Daily News“ erfahren aus Paris: Nach den neuesten Nachrichten dauert das Vordringen bolschewistischer Truppen auf der Halbinsel Krim und in Galizien immer noch an. In der Krim haben die Bolschewisten Jalta genommen und bedrohen vom Norden und vom Osten her Sebastopol, das von der englischen Flotte besetzt ist. Mit der voraussichtlichen Räumung Sebastopols hat dann die Rolle der Alliierten in Südrußland ein Ende erreicht. In Galizien marschieren die bolschewistischen Truppen durch das Dnjestertal vorwärts; dem Vernehmen nach ziehen sich die rumänischen Truppen längs des ganzen Dnjester auf das Meer zurück und geben so Befarabien auf, wo übrigens der Boden für den Bolschewismus ohnehin schon vorbereitet ist. Der Widerstand der rumänischen Armee nimmt fortwährend ab. Der südlichen und südwestlichen Offensive der russischen Truppen dürfte vermuthlich auch eine Offensive gegen Archangelsk und die Murmanküste folgen.

Der Petersburger Sowjet gegen den Streik als Kampfmittel.

Wyborg, 17. April. Wie die „Petrogradskaja Pravda“ meldet, sagte der Sowjet der Petersburger Berufsverbände in seiner letzten Volksversammlung den Beschluß, daß der Streik als Kampfmittel im Arbeiter- und Bauernstaat zu verurteilen sei. Der Beschluß wurde damit begründet, daß ein Land, wie Rußland, wo der Arbeiter Herr der Produktion ist und wo alles vom Grade der Arbeit und der Produktion abhängt, sich keineswegs den Luxus eines Streiks erlauben könne.

Der Bolschewismus in Sibirien.

Bern, 17. April. (Privat-Telegramm.) Der „Agence Havas“ zufolge melden die „Times“, daß in Sibirien ein bolschewistisches Komplott entdeckt wurde, das sich auf die Eisenbahnangelegungen und Beamten in allen Teilen Sibiriens erstreckt. Hundert Personen wurden verhaftet, eine Million Rubel beschlagnahmt. Die vorgefundenen Dokumente beweisen, daß die Organisation von Moskau geleitet wurde. Am 1. Mai hätte der bolschewistische Umsturz damit eingeleitet werden sollen, daß die Eisenbahn von den Bolschewiki in Besitz genommen worden wäre.

Eine Konzession Lenins an die Amerikaner.

Bern, 17. April. (Privat-Telegramm.) Aus London wird gemeldet: „Daily Express“ erzählt, daß Lenin den Amerikanern eine der größten Konzessionen der Welt anbieten wolle. Diese Konzession besteht darin, daß er den Amerikanern den Bau einer Eisenbahnlinie von 3000 Werst von Petersburg bis zum Ob gestattet und eine ähnliche Konzession für die Ausbeutung von Erzlagern, die sich längs der Eisenbahnlinie befinden, einräumt. Darnach scheint es, daß die Bolschewiken hoffen, Sibirien wieder bis zum Ob zurückzugewinnen.

Verhaftung von Bolschewisten in England.

Zürich, 17. April. (Privat-Telegramm.) Nach einem Telegramm der „Zürcher Post“ aus London wurden in England Verhaftungen von Bolschewisten vorgenommen. Darnach hat die Londoner Polizei 150 Bolschewisten, die aus Rußland in London eingetroffen waren, verhaftet. Sie werden gemeinsam mit den übrigen in England verhafteten Bolschewiki nach Odessa gebracht.

Deutschösterreich.

Aus Wien sind heute Meldungen über große Demonstrationen eingetroffen, die darauf hinweisen, daß in der österreichischen Residenz die bislang nur hie und da aufflackernde kommunistische Bewegung mit elementarer Kraft zum Ausbruch gelangt ist. Die mächtige Bewegung kann wohl für Stunden oder vielleicht für Tage mit Gewalt noch bezwungen oder mindestens eingedämmt werden, doch wird sie, wenn nicht alle Anzeichen trügen, in nicht ferner Zeit zur Proletardiktatur führen.

Kommunistische Kundgebungen in Wien.

(Original-Bericht des „Neues Vester Journal“.)

Wien, 17. April. Die Erbitterung der Arbeitslosen, Invaliden und Heimkehrer brach heute in Wien im heftigen Straßenkampfe aus. Die österreichischen Genossen erklärten, sie können nicht mehr ruhig verhandeln wie bisher, und daß man es der gegenwärtigen Regierung zeigen müsse, daß die Arbeitslosen, die Heimkehrer und Invaliden Rechte besitzen, die sie mit aller Kraft erreichen und durchzuführen wollen. Auf Plakaten und Flugzetteln wurde für die heute nachmittag anberaumte Versammlung Stimmung gemacht. Die Versammlung fand um halb 3 Uhr auf dem großen Platze vor dem Rathause statt. Dieser Versammlung wohnten fast ausschließlich Arbeitslose, etwa 2000 an der Zahl, bei. Mehrere Redner besprachen die traurige Lage der Arbeitslosen, und ihre Ideen gipfelten in dem Verlangen, die österreichische Regierung habe die Pflicht, ihnen einen bedeutenden Anschaffungsbeitrag und eine tägliche Unterstützung von 25 Kronen per Kopf zu gewähren.

In ähnlichem Sinne wurde auch in den von den Heimkehrern und Invaliden einberufenen Versammlungen gesprochen, deren Schauplatz der Prater war. An diesen beiden letzteren Versammlungen nahmen etwa tausend Personen teil. Die Invaliden und Heimkehrer, die sich, wie erwähnt, im Prater versammelt hatten, fahen den Beschluß, zur Versammlung der Arbeitslosen vor das Rathaus zu ziehen und unter Vortragung von Fahnen und Standarten, die die Aufschrift trugen: „Proletaries aller Länder vereinigt euch!“ marschierten die Teilnehmer vom Prater über den Franz Josefsquai und Schottenring zum Rathause, wo die Versammlung der Arbeitslosen noch tagte. Eine Gruppe von zehn Invaliden hatte während des Marsches über die Praterstraße ein Automobil requiriert, sich desselben bemächtigt und war vorausgefahren, um den Arbeitslosen mitzuteilen, daß sie auf die Versammlungsteilnehmer im Prater warten mögen. Ungefähr um vier Uhr nachmittags trafen die aus dem Prater kommenden Teilnehmer vor dem Rathause ein, ohne aber auf den Rathausplatz selbst zu marschieren, zogen über den Ring weiter, dem Parlamentsplatze zu. Ihnen schlossen sich die Arbeitslosen, sowie eine große Menge von Neugierigen an. Die Zahl der Teilnehmer betrug etwa zehntausend. Volksmehrlaute, die im Einberufenen mit den Behörden die Rampe und die Zugänge zum Parlamentsgebäude besetzt hatten, wurden von der Menge überrannt, welche die Rampe stürmte und sie besetzte. Es wurden nun mehrere Reden gehalten und hierauf eine Abordnung von Arbeiter- und Soldatenräten bestimmt, um sich ins Parlamentsgebäude zu begeben, um dort mit den Staatsfunktionären über die Lage der Arbeitslosen, Heimkehrer und Invaliden zu verhandeln und eine entschiedene Antwort in dieser Frage kategorisch zu fordern. Die Zugänge zum Parlament waren aber alle abgeperrt und den Mitgliedern der Abordnung die Erklärung gemacht, daß sich niemand im Hause befinde. Die Demonstranten erklärten aber, es sei ihnen bekannt, daß im Parlamentsgebäude eine Kommissionsitzung tagte und daß sie darauf beharren, Eintritt in das Gebäude zu erlangen.

Die Menge, die die Rampe besetzt hielt, nahm nunmehr eine drohende Haltung ein und richtete an die Mitglieder der Abordnung die Aufforderung, die Tore gewaltfam zu stürmen, wenn sie nicht freiwillig geöffnet werden sollten. Es wurde nunmehr ein Sturm mit Eisenstangen gegen jenes Tor unternommen, welches sich hinter der Parlamentsrampe gegen den Schmerlingplatz befindet. Das Tor widerstand aber den Angriffen, weshalb die Menge sich in den nahegelegenen Rathauspark begab, sich dort mit Steinen und Gitterstangen bewaffnete. Ein Kohlenwagen, der zufällig vorbeifuhr und in die Menge eingeklinkt war, wurde gestürmt und die Kohlenstücke gegen die Fenster des Parlamentsgebäudes geschleudert, die während in

Trümmer gingen. Nunmehr wurde die Sicherheitswache dirigiert, den Platz freizumachen. Als die Wache gegen die Demonstranten einschritt, fielen aus der Menge ungefähr 60 Schüsse, durch welche zwei Sicherheitswachleute verletzt wurden. Nunmehr machte auch die Sicherheitswache von den Revolvern Gebrauch, gab aber zuerst Schüsse in die Luft ab. Da aber aus der Menge noch immerfort gegen die Wache geschossen wurde — es wurden förmliche Salven abgefeuert — schoß auch die Sicherheitswache gegen die Menge.

Zahlreiche Personen, aber auch viele Sicherheitswachleute wurden verletzt; unter ihnen befindet sich auch der Revierinspektor Röger, der in den Abendstunden seinen Verletzungen erlegen ist. Die Verletzten wurden in das Parlamentsgebäude und in die nächste Sicherheitswachstube gebracht. Mittlerweile versuchten die Demonstranten abermals vor das Parlamentsgebäude zu gelangen und nahmen neuerlich gegen die Wache Stellung. Eine andere Gruppe hatte auf der Straße Automobile requiriert und fuhr in die verschiedenen Kasernen der Volkwehrcapitane, um sie zum Kampfe gegen die Wache zu mobilisieren. Die Agitation hatte auch den erhofften Erfolg, denn die Mannschaft eines Landwehrbataillons schloß sich den Demonstranten an. Inzwischen hatte eine andere Gruppe der Arbeitslosen das Deutsche Volkstheater besetzt und verhinderte die Fortsetzung der Vorstellung. Auch im Burgtheater mußte infolge Erscheinens der Demonstranten nach dem ersten Akt die Vorstellung abgebrochen werden. In der Mariabillerstraße, in der Josefstädterstraße wurden Sicherheitswachleute von den Demonstranten überfallen, blutig geschlagen und entwaffnet. Drei Sicherheitswachleute wurden in dem noch folgenden Kampfe durch Schüsse verletzt.

Die Arbeitslosen unternahmen nun einen neuen Angriff gegen das Parlamentsgebäude und versuchten wieder das Tor desselben zu öffnen. Wermals wurden aus der Menge Schüsse abgegeben. Es entstand neuerlich eine wilde Panik, bei der die folgenden Menschenmengen hinter den auf den Straßen stehenden geliebten Straßenbahnzügen Deckung suchten. Infolge der Schüsse wurden mehrere Zivilpersonen und Polizisten verletzt. Auch auf die Pferde der Wachleute gaben die Demonstranten Schüsse ab, warfen Knüttel gegen die Beine der Pferde, so daß die Tiere zu Boden stürzten und die Reiter abwarfen. Die Menge drang wieder gegen das Parlamentsgebäude vor und warf in brennendes Öl getauchte Fächer in die auf dem Schmerlingsplatz befindlichen Parterrewohnungen, sowie in die Kanzleiräume in der Stadiongasse. Infolge dessen brachen im Parlamentsgebäude und in mehreren Wohnungen Brände aus, die im Laufe des Abends jedoch gelöscht wurden.

Es wurde die Feuerwehr verständigt, aber der erste Zug, der vom Burgtheater herfuhr, wurde zur Rückkehr gezwungen, da die Menge gegen die Feuerwehr Stellung nahm und die Feuerwehrautomobile umzustürzen drohte. Die Menge erklärte, daß sie die Feuerwehrleute niederschließen werde. Erst ein zweiter Zug Feuerwehrleute konnte mit einem Automobil die Kette der Demonstranten durchbrechen und beim Parlament vorfahren, wo die Löschaktion sofort in Angriff genommen wurde. Dabei entwickelte sich ein Kampf zwischen der Sicherheitswache und den Demonstranten, wobei auf beiden Seiten Schüsse abgegeben wurden. Auf Grund eines Uebereinkommens rückte die Volkwehre aus. Die Geschäfte und Kaffeehäuser in der Umgebung des Parlaments hatten alle gesperret. Im Parlamentsgebäude selbst war alles dunkel. Im Rathauspark sammelten sich wieder größere Gruppen an, die die Parole ausgaben, in die Innere Stadt zu marschieren. Plötzlich ertönte ein Schuß und die Menge strömte den Ring hinunter. Beim Liebenberg-Denkmal trat ihr die Wache entgegen. Es wurde eine Salve abgefeuert, worauf die Menge sich zerstreute. Die Laternen um das Parlament wurden von den Demonstranten zertrümmert. Um neun Uhr abends versammelten sich die Demonstranten neuerdings beim Burgtheater, wo begeisterte Reden gehalten und schließlich die Parole ausgegeben wurde, gegen das Polizeipräsidium zu ziehen und es zu stürmen. Die Wache erschien abermals und gab mehrere Salven ab, worauf sich die Demonstranten endgültig zerstreuten. Bis 9 Uhr abends wurden 12 Tote, sowie ungefähr 60 Schwere und Leichtverletzte gezählt. Der Straßenbahnverkehr wurde vollständig eingestellt.

Wien, 17. April. („Wiener Tel.-Korr.-Bureau“ 10 Uhr 30 Min. abends.) Da auch in der weiteren

Umgebung des Parlaments völlige Ruhe herrscht, wurde über Befehl des Landesbefehlshabers die Volkwehre eingezogen. Es blieb nur eine Bereitschaft in der Stärke eines Zuges im Parlament zurück.

Wien, 17. April. („Wiener Tel.-Korr.-Bureau.“) Von etwa 130,000 Arbeitslosen, die es gegenwärtig in Wien gibt, haben an der heutigen Demonstration höchstens 3000 sich beteiligt. Alle übrigen Demonstranten waren junge Burschen oder lichtscheue Elemente. Im Moment als die Volkwehre, deren Disziplin volle Anerkennung verdient, eingriff, war die Macht der Demonstranten gebrochen.

Die Kriegsinvaliden gegen die Regierung.

Wien, 17. April. (Meldung des „Wiener Korr.-Bur.“) Im Gebäude des Militärkommandos fand heute eine Versammlung der Vertreter der Kriegsinvaliden statt, in welcher Staatskanzler Dr. Renner und Staatssekretär Hanusch Antwort auf die von den Invaliden aufgestellten Forderungen erteilt. Die bezüglich der wirtschaftlichen Forderungen der Invaliden mit dem Staatssekretär für Finanzen gepflogenen Verhandlungen führten zu dem Ergebnis, daß mit Rücksicht auf die finanzielle Lage des Staates den Kriegsinvaliden als Höchstbetrag zwei Millionen Kronen für die Zeit vom 15. April bis 15. Juni gewährt werden können. Invaliden, die über kein anderes Einkommen verfügen, sollen auch Lebensmittel zugewiesen erhalten. Die Vertreter der Kriegsinvaliden bemerkten hierauf, daß sowohl Renner, als auch Hanusch in den letzten Verhandlungen die Erhöhung der Spitalslöhnung auf vier Kronen zugesagt hätten. Hanusch bestritt die Richtigkeit dieser Behauptung. Die Vertreter der Invaliden beschuldigten hierauf die Regierung, ihr Versprechen nicht eingehalten zu haben und verließen mit der Erklärung, für die Folgen keine Verantwortung übernehmen zu können, demonstrativ den Saal.

Die revolutionäre Bewegung in Deutschland.

Die bayrische Räterepublik.

Wien, 17. April. Nach Blättermeldungen aus München müssen die Regierungstruppen, die sich noch in München befinden, als von den Kommunisten endgültig geschlagen angesehen werden. Der Generalstreik dauert an. Der geistige Führer der Kommunisten ist der sogenannte Edelanarchist Josef Semlheimer, der gemeinsam mit dem Studenten Toller neue Proklamationen unterzeichnet. Es wurde die Schaffung einer Arbeiterwehre beschlossen. Nach der Sozialisierung der Presse wird nunmehr die Sozialisierung der Verlagsanstalten, Druckereien, Buchhandlungen, Schriftgießereien, Kinos und Theater angekündigt.

Berlin, 17. April. Das „Berliner Tageblatt“ meldet aus Bamberg vom Gestrigen: Die Spartakisten in München zogen vom Hauptbahnhof aus einen Ring um die Stadt, der sich bis zu den Passinger Bahnanlagen und den Ostbahnhof hinzieht.

Beide Parteien halten Fühlung miteinander und beobachten sich gegenseitig. Artillerie und Minenwerfer traten heute nur selten in Aktion. Die bisherigen Verluste der Spartakisten werden auf 50 Tote geschätzt.

Politisch liegt die Führung des Aufstands jetzt völlig in den Händen der Kommunisten. Diejenigen Führer, die sich noch im Münchner Polizeigefängnis befunden hatten, wurden von der Menge befreit. Für die noch nicht befreiten Führer sind angesehene Bürger als Geiseln verhaftet worden, mit der Drohung, daß sie erschossen würden, wenn einem der gefangenen Kommunisten etwas zuleide geschehen sollte. Außerdem ist, um die Freilassung der Führer zu erzwingen, der Generalstreik erklärt worden, dem sich auch die Unabhängigen angeschlossen haben. Auch die übrigen linksstehenden Parteien leisten der bolschewistischen Diktatur Gefolgschaft.

Prozeß gegen die Mörder Liebknechts und der Luxemburg.

Berlin, 17. April. Das „Völkische Bureau“ meldet: Der Jäger Runge, der angeblich bei der Erschießung Liebknechts beteiligt war, ist im Grenzschutzkorps verhaftet worden. Er wurde in Untersuchungshaft genommen. Gegen alle bei der Tötung Liebknechts und Rosa Luxemburgs beteiligten Personen ist die Anklage erhoben worden. Die Hauptverhandlung steht bevor.

Lloyd George über die Probleme der Friedenskonferenz.

Bei Zusammentritt der Pariser Friedenskonferenz hatten die Führer der Entente in überaus scharfen Worten gegen den Vergleich mit dem Wiener Kongreß vom Jahre 1815 protestiert und nun haben sie doch keinen anderen Ausweg gefunden, als nach monatelangem Debattieren bei der Lösung der Aufgaben eine schlechte Kopie des Wiener Kongresses unseligen Angebens des Wiener Kongresses unseligen Angebens zu liefern. Das Einbekenntnis Lloyd Georges bedeutet den vollen Sieg des Bolschewismus. Der Ministerpräsident Großbritanniens sagt, daß England sich in die inneren Angelegenheiten Rußlands nicht einmengen wolle, weil im Falle einer Intervention der Bolschewismus sich auch über England ausbreiten würde. Inumerhin aber enthält die Rede Lloyd Georges auch in dieser Hinsicht gewisse Widersprüche, denn gleichzeitig mit der Erklärung, daß England in die inneren Angelegenheiten Rußlands sich nicht einmengen werde, deutet Lloyd George an, daß eine Intervention dennoch Platz greifen werde. Alle diese Widersprüche sprechen für den vollen Triumph des Bolschewismus, der sicherlich auch nach England übergreifen wird, gleichviel, ob nun England sich in die inneren Angelegenheiten Rußlands einmengen wird oder nicht.

London, 17. April. Premierminister Lloyd George begann seine Rede im Unterhaus damit, daß er zugab, daß die gesamte Welt ungeduldig auf den Frieden wartet, er wies jedoch andererseits auf die riesenhaften Aufgaben der Delegierten hin, die sich Problemen von nie dagewesenen Schwierigkeiten und enormer Wichtigkeit gegenübersehen.

Der Wiener Kongreß habe Monate in Anspruch genommen. Seine Probleme waren aber im Vergleich zum jetzigen unbedeutend. Zehn neue Staaten sind jetzt entstanden, einige, die unabhängig oder halbabhängig sein werden und einige, die möglicherweise unter einer Schutzherrschaft stehen würden. Ihre Grenzen müßten angedeutet, wenn nicht endgültig festgesetzt werden. Die Grenzen von vierzehn Ländern müßten neu gezogen werden. Dies alles gebe nur eine Idee von den territorialen Schwierigkeiten. Es seien auch noch andere Probleme vorhanden, die für den Frieden der Welt und für das Schicksal der Menschheit ebenso wichtig seien und von denen jedes, wenn es falsch behandelt würde, der Menschheit schwere Opfer kosten würde, wie zum Beispiel die wirtschaftlichen Fragen, die Fragen der internationalen Wasserwege und Eisenbahnen und die Fragen der Schadenersatzungen.

Lloyd George verwies auf die internationalen Vereinbarungen über die Arbeiterfragen und sprach dabei mit wärmster Anerkennung von den Diensten, die Barnes geleistet habe und von der Unterstützung, die die Arbeiterabgeordneten und die Gewerkschaften gewährten, was er ermöglicht habe, ein großes Weltkema anzunehmen.

Daneben gebe es noch jenes große Experiment, vor dem der ganze Frieden stehe, nämlich die Gesellschaft der Völker. Jedes einzelne dieser Probleme würde Monate in Anspruch nehmen. Ein Fehler könne zu einer allgemeinen Krise führen. Fast jedes Volk der Erde sei an der Beratung dieser Probleme beteiligt und das rechtfertigt die Zeit, die dafür in Anspruch genommen wird. (Beifall.) Wenn die Konferenz nicht eine Maschinerie aufbauen würde, die im Stande sei, mögliche Irrtümer zu verbessern, so wäre es unbedingt nötig, sich mehr Zeit zu lassen. Der Völkerbund wolle also Zeit sparen. Die Konferenz müsse ihre Arbeiten abkürzen, denn sie habe gesehen, daß während sie versuchte aufzubauen, in vielen Ländern die Grundlagen der Gesellschaft in den Staub stürzten. Keine Gemeinde von Männern arbeitete anstrengender in größerer Eile und unter größeren Schwierigkeiten. Lloyd George hat, daß man die Männer, die ihr Bestes zu leisten hätten, in Frieden lasse oder andere an ihre Stelle setze. Fragen, von denen man vor dem Kriege nie gehört habe, hätten jetzt beinahe einen Streit zwischen zweier alliierter Staaten verursacht.

Die Schwierigkeiten auf dem Balkan hätten eine Atmosphäre von Unruhe gestreut, aus der heraus der Krieg entstanden sei. Die Lage in

Sonntag nachmittag Werbe-Volksfest im Volkswäldchen. Proletarier, seid alle dort!

Rußland sei eines der verwickeltesten Probleme, die je behandelt worden seien. Eine Schwierigkeit sei, daß es kein Rußland gebe. Niemand kann behaupten, daß die Organisation, die Zentralrußland beherrscht, gleichzeitig eine de facto Regierung für ganz Rußland sei. Die Konferenz habe das Schauspiel eines ausgedehnten Landes vor sich, das sich in einem chaotischen Zustand befindet, es sei wie ein Vulkan, der noch immer heftigen Ausbrüchen unterworfen sei. Das Beste, was man tun könne, sei, für die Sicherheit derjenigen zu sorgen, die auf dem am weitesten entfernten und am ehesten zugänglichen Abhängen wohnen und den zerstörenden Strom aufzuhalten, daß er nicht andere Länder versenke. Von einer Anerkennung könne keine Rede sein. Sie sei niemals vorgeschlagen und niemals in Behandlung genommen worden, da keine Regierung ganz Rußland vertrete. Außerdem begehe das bolschewistische Regime solche Verbrechen gegen die Untertanen der alliierten Länder, daß es selbst unter anderen Umständen unmöglich wäre, es anzuerkennen. Ueberdies greife in diesem Augenblick die bolschewistische Garde die Front der Alliierten in Rußland an.

Lloyd George kam sodann auf den Vorschlag einer militärischen Intervention zu sprechen und sagte: Es sei ein sehr gesunder Grundsatz der auswärtigen Politik Englands, sich niemals in die inneren Angelegenheiten anderer Länder einzumischen, wenn sie auch noch so schlecht regiert würden. Wie immer die Stimmung in England sein würde, die praktischen Schwierigkeiten eines großen militärischen Vorgehens seien ungeheuer. Rußland habe wohl den Feind im Lande gesehen, es sei aber niemals von einem auswärtigen Lande erobert worden. Selbst wenn eine Eroberung möglich wäre, würden doch die politischen Schwierigkeiten bestehen bleiben. Lloyd George betonte, er sei über die bolschewistische Lehre entsetzt, aber er würde doch lieber Rußland den Bolschewiki überlassen, die selbst einschreiten müssen, was der Bolschewismus anrichte, als zu erleben, daß eine kostspielige militärische Intervention Großbritanniens bankrott mache. Dieses letztere sei der sicherste Weg, um den Bolschewismus auch in Großbritannien zu verbreiten. Er sei überzeugt, daß es der größte Unsinn wäre, eine militärische Intervention in Rußland zu versuchen. Die Regierung unterstütze Koltschak und Denikin, beide auf Veranlassung der Alliierten und zum größten Teile auf ihre Kosten, da sie sich gegen die bolschewistische Regierung erhoben und die Deutschen daran gehindert haben, sich aus Rußland Hilfsmittel zu verschaffen, die es ihnen ermöglicht hätte, die Blockade zu brechen. Wenn wir sie gegenüber den Bolschewiki im Stiche gelassen hätten, so wäre es eine Tat, die jedem großen Lande unwürdig wäre. (Lebhafte Beifall.) Die beiden verlangten nur, mit Waffen versorgt zu werden. Es bedeutete dies keineswegs ein Abweichen von der grundsätzlichen Politik Großbritanniens.

Die englische Politik bestehe darin, ein gewalttames Uebergreifen des Bolschewismus auf die alliierten Länder zu verhüten. Deshalb organisiere England alle Hilfskräfte in den alliierten Ländern und in den benachbarten Gebieten von der Ostsee bis zum Schwarzen Meere. Wenn der Bolschewismus eines der alliierten Länder ergreife, so wäre es die Pflicht Englands, sich zu verteidigen. Die Politik Englands sei, die einander bekämpfenden Parteien in Rußland dazu zu bewegen, die Errichtung einer allgemein annehmbaren Regierung zu besprechen, die die Alliierten als die russische Regierung anerkennen können. Er zweifle nicht an dieser Lösung.

Nach verlässlichen Informationen seien die bolschewistischen Streitkräfte zwar anscheinend im Zunehmen begriffen, aber der Bolschewismus selbst schwinde angesichts des unbarmherzigen wirtschaftlichen Druckes rasch. Es seien unverkennbare Anzeichen dafür vorhanden, daß Rußland wieder emporkomme und wenn es erst wieder gesund und normal sei, dann sei die Zeit für die Alliierten gekommen, Frieden zu stiften.

Ueber die allgemeinen Friedensbedingungen sagte Lloyd George, die Ver-

treter der Großmächte gelangten zu einem vollständigen Einvernehmen über die großen grundlegenden Fragen bezüglich des Friedens mit Deutschland. Sie hätten diese Fragen bereits formuliert und er hoffe, daß sie Ende der nächsten Woche vorgelegt werden würden.

Lloyd George übte sodann schärfste Kritik an gewissen Zeitungsangriffen und sagte, wenn diese Art krankhafter Eitelkeit bis zu einem Punkte getrieben wird, daß Zwietracht zwischen den großen Verbündeten gesät wird, deren Einigkeit für den Frieden der Welt von wesentlicher Bedeutung ist, und wenn der Versuch unternommen würde, Frankreich mit Mißtrauen gegen Großbritannien und mit Haß gegen Amerika und Amerika mit Abneigung gegen Frankreich und Italien zu erfüllen, so ist nicht einmal diese Krankheit eine Rechtfertigung für ein so schweres, gegen die Menschheit gerichtetes Verbrechen, denn Frankreich glaubt noch immer, daß die „Times“ ein ernstes Blatt sei. Man weiß es nicht, daß sie nur eine schlechte Ausgabe der „Daily Mail“ sei. Auf dem europäischen Kongreß hält man sie für ein halbamtliches Organ der Regierung. Das ist ein Beweis dafür, wie lange solche Traditionen dauern, bis sie aussterben. Ich möchte, daß die Menschen wissen, was das alles zu bedeuten hat.

Lloyd George sagte ferner: Die französischen Soldaten, die ich in den verwüsteten Gebieten getroffen habe, haben gesagt: Gebt uns einen guten Frieden. Niemand hätte die neuen Probleme und die besonderen Empfindlichkeiten Europas sympathischer behandeln können, als Wilson. Die Konferenz hat niemals die Tatsache vergessen, daß die meisten Leiden und Opfer des Krieges von dem heldenhaften Frankreich getragen wurden. Sie sind nicht vergessen. Frankreich hat das Recht, sich vor der Wiederholung eines Angriffes gesichert zu fühlen. In allen Fragen, die uns vorgelegt werden, gelangen wir zum einstimmigen Beschluß. Was sich auf dem Wiener Kongreß ereignete, ist ein Beweis für die Wichtigkeit der Einstimmigkeit. Die Friedenskonferenz beschloß einstimmig und ohne Zögern, daß es ein Fehler ersten Ranges sein würde, die Friedensbedingungen zu veröffentlichen, ehe sie mit den Feinden besprochen worden seien. Keine Friedenskonferenz hat jemals die Verhandlungen öffentlich geführt. Man sollte mehr einen guten Frieden, als eine gute Presse haben. (Beifall.) Die Konferenz werde alles tun, was nötig ist, um eine vorzeitige Veröffentlichung zu verhindern, die den Feind ermutigen könnte, Widerstand zu leisten. Wir wollen einen Frieden, weil der Fall es verlangt, aber er darf nicht darauf berechnet sein, Rachegefühle zu befriedigen, sondern darauf, die Gerechtigkeit zu üben.

Vor allem will man sich vor der Wiederholung der Schrecknisse dieses Krieges in Zukunft bewahren. Lloyd George sagte sodann, er werde nach Paris zurückgehen, wenn das Haus ihn dort haben wolle. Dort werde man mit den Abgesandten des Feindes zusammentreffen. Er müsse deshalb das volle Vertrauen des Parlaments besitzen. Das Parlament würde zwar den unterzeichneten Vertrag verwerfen können, das würde aber sehr schwierig sein. Das Parlament müsse das Gefühl haben, daß derjenige, der nach Paris geht, wer immer es auch sein möge, seine Verpflichtungen bis zur äußersten Grenze seiner Kraft erfülle. Ein Ergebnis des Friedens werde die Abstellung der großen kontinentalen Gefahr der Rüstungen sein. Die Streitkräfte Deutschlands würden auf ein Heer herabgesetzt werden, das eben ausreicht, um den Polizeidienst in den deutschen Städten durchzuführen und den deutschen Handel zu schützen. Wir und Europa, sagte Redner, müssen daraus Nutzen ziehen. Es besteht dann keine Gefahr, daß es in Deutschland noch zu einem neuen Ausbruch kommt, denn Deutschland könnte nur 80,000 bewaffnete Männer aufbringen, um die Ordnung aufrechtzuerhalten. Jetzt besteht die Gefahr, daß die Welt in Stücke geht, wenn das schwarze Gespenst des Hungers durch das Land schreitet. Zum Schluß betont Lloyd George, daß es die Pflicht aller Staatsmänner des Parlaments und der Führer

der öffentlichen Meinung sei, den Triumph des Rechtes nicht durch Nachgiebigkeit zu verderben.

Churchills Furcht vor dem Bolschewismus.

„Macht Frieden mit dem deutschen Volk und leistet mit allen Mitteln der bolschewistischen Tyrannei Widerstand!“

Lord Churchill hat eine Rede gehalten, die sichtlich von der Furcht vor dem Bolschewismus diktiert ist. Gegen diesen will er sich mit jedem und selbst mit dem Teufel, ja sogar mit dem deutschen Erbfeind verbünden. Er schmeichelt den gegenwärtigen Machthabern und dem Volke Deutschlands, nur um sie vom Bolschewismus abzuhalten, denn — so sagt er — wenn Deutschland in die bolschewistische Anarchie stürzt, werde auch England verkommen. Und so fordert er die Engländer auf, mit allen Mitteln der bolschewistischen Tyrannei Widerstand zu leisten. Die Besorgnisse Churchills sind — er weiß es am besten — sicherlich wohlbegründet, aber sein Appell wird ihm kaum etwas nützen; der Bolschewismus macht seinen Weg und er wird nicht nur die Scheidemanns, Eberts und Roskes, sondern auch die Churchills und seine Gesinnungsgenossen hinwegfegen.

Ueber den Schmerzensschrei Churchills liegt die folgende telegraphische Meldung vor:

Amsterdam, 16. April. Nach dem hier eingetroffenen englischen Blättern vom 12. d. führte Churchill in seiner bereits kurz gemeldeten Rede beim Frühstück des Adwiclubs am 11. d. unter anderem folgendes aus:

— Wenn wir mit Deutschland Frieden schließen, so bedeutet das noch nicht, daß wir wieder mit ihm Freundschaft schließen. Diese Generation wird nach dem, was sich ereignet hat, niemals verzeihen können, aber der Friede würde einen Zustand mit sich bringen, in dem gewisse Interessen anerkannt werden. Die Geschlagenen würden nach Abtragung der Verpflichtungen wenigstens eine Lebensmöglichkeit, Aussicht auf eine Zukunft und Gelegenheit zur Buße haben. Ich glaube nicht, daß wir es uns leisten können, diesen Streit mit einem Haß ohne Ende weiterzuführen, ich glaube nicht, daß die Struktur der zivilisierten Welt kräftig genug ist, diesen Druck auszuhalten. Wir können es uns nicht leisten, die ordnungsliebenden Elemente der jetzigen deutschen Demokratie in das bolschewistische Lager zu treiben. Alle meine Nachrichten von militärischer Seite deuten darauf hin, daß Deutschlands Zusammenbruch sehr nahe ist. Alle meine militärischen Ratgeber betonen, das Wichtigste, was wir tun müssen, ist: Deutschland mit Rohstoffen und Lebensmitteln zur Wiederaufnahme seines wirtschaftlichen Lebens zu versehen.

Wenn die Regierung Ebert-Scheidemann stürzt, weiß niemand, was an ihre Stelle kommt. Wenn Deutschland in die bolschewistische Anarchie stürzt, gibt es für uns keine Entscheidung, sondern auch wir würden verkommen. Das Wiederaufleben des Handels würde durch die wachsende Unordnung gelähmt werden.

Der Weg zur Buße steht Deutschland offen. Wenn es nämlich den Bolschewismus bekämpft und ein Bollwerk dagegen wird, so ist das der erste Schritt zu seiner Wiedervereinigung mit der zivilisierten Welt. Uns drohen noch sehr große Gefahren. Zwei mächtige Zweige der Menschheit, die Slaven und die Deutschen, sind in tiefes Elend gestürzt. Es wäre sehr unerwünscht, wenn sie in diesem Elend einander fänden. Wenn Deutschland dem Bolschewismus verfiel, würden die Wirkungen davon bis nach China fühlbar sein. Die militärische Macht des bolschewistischen Rußland wird immer stärker, ebenso wie der französische angriffslustige Jakobinismus nach dem Sturze Robespierres vor dem Emporksteigen Napoleons.

Wenn Deutschland aus innerer Schwäche oder infolge des feindlichen Einmarsches der bolschewistischen Pest verfällt, so würde es zweifellos in Stücke

gestiftet werden. Aber was würde dann aus uns werden, was aus dem Frieden, den wir so wünschen, und was aus dem wiedererblickenden Wohlstande, was aus dem Völkerbunde? Es würde zwei Verbündete geben, einen der Besiegten und einen der siegreichen Nationen. Der Bund der Besiegten könnte leicht wieder die Rüstung aufnehmen, während der Bund der siegreichen Nationen das Schwert zur Seite legt. Noch einmal würde jenes schreckliche Gleichgewicht von Gegensätzen entstehen, das vor fünf Jahren das Vorspiel zum Ausbruch des großen Krieges bildete.

Churchill schloß mit den Worten: Erhaltet Euch eine freie, festgeschlossene, zufriedene, ihren Aufgaben gemachene Armee! Erhaltet Euch Freundschaft mit Amerika und Frankreich, macht Frieden mit dem deutschen Volk und leistet mit allen Mitteln der bolschewistischen Tyrannei Widerstand!

Lokal-Anzeiger.

Städtische Neuigkeiten.

* **Umsteigetarten von der Elektrischen auf die Omnibusse.** Das Präsidium des Budapester revolutionären Arbeiter- und Soldatenrats hat im Einvernehmen mit dem Produktionskommissariat der Vereinigten Straßenbahnen beschlossen, daß zum Umsteigen von den Straßenbahnen (ausgenommen die Untergrundbahn) auf die Omnibusse und umgekehrt Karten ausgegeben werden. Diese Karten berechtigen zum dreimaligen Umsteigen innerhalb einer Stunde, zweimal auf den Straßenbahnen und einmal auf die Omnibusse und umgekehrt. Das Umsteigen kann nur an folgenden Anschlußpunkten erfolgen: Christinenplatz, Vigetplatz, Gellértplatz und Herminenstraße (Schaubuden). Der Preis dieser Karten, die vom 20. d. ab ausgegeben werden, beträgt 40 Sester.

* **Anflaffung der überflüssigen städtischen Aemter.** Das hauptstädtische leitende Finisferdirektorium, welches den Namen „Präsidium des revolutionären Zentralarbeiter- und Soldatenrats“ führen wird, sekte heute die Verhandlungen mit den Sektionsleitern, die ihre Referate unterbreiteten, fort. Auf Grund dieser und der Referate der Bezirksentsendeten wird das Direktorium die erforderlichen Vereinfachungen der Administration durchführen und die überflüssigen Sektionen und Aemter auflösen.

* **Neufeststellung der Erdäpfelquote.** Die hauptstädtische Sektion für Stadtkonomie teilt mit, daß auf den Erdäpfelkupon Nr. 24 der allgemeinen Lebensmittelkarte vom 21. bis 30. April zwei Kilogramm Erdäpfel verabsolgt werden müssen. Dieser Kupon ist schon vom heutigen Tage ab gültig.

* **Einlösung der Fettkarten.** Die hauptstädtische Approvisionierungssektion teilt mit, daß gegen den vom 21. bis 30. April fälligen Fettkupon Nr. 3 Schweinefett verabsolgt werden wird. Desgleichen werden auch gegen den von der Budapester Rahonkommission ausgegebenen Kupon Nr. III je 10 Dekagramm Fett verabsolgt. Nachdem durch die Abtrennung des Kupons Nr. 3 der bisher nicht eingelöste Kupon Nr. 1 von selbst abfällt, wird das Publikum angewiesen, diesen Kupon selbst abzuschneiden und bis auf weitere Verfügung aufzubewahren.

* **Die Gratisbeerdigungen.** Bekanntlich hat das hauptstädtische Volkskommissariat die Luxusleichenbestattungen verboten und an deren Stelle bis zur Durchführung der Gratisbestattungen dreierlei Typen der Beerdigung festgestellt. Ein Teil der Leichenbestattungsunternehmungen hat das Übergangsstadium dazu benützt, um unter verschiedenen Titeln höhere als erlaubten Gebühren zu beheben; diese wurden vor das Revolutionstribunal gestellt. Die Vorbereitungen zur Gratisbestattung sind übrigens im Zuge und in einigen Tagen schon wird sie eingeführt werden. Zu diesem Zwecke werden zwei Anlagen, eine auf der Pester, die andere auf der Dfner Seite errichtet. Die Sterbefälle wird der Bezirksphysikus den Anlagen anzeigen, die dann für die Beerdigung sorgen. Bis zur Fertigstellung der erforderlichen Aufbahrungshallen können auch vom Sterbehause aus Beerdigungen stattfinden.

* **Eine Zentralbrutanstalt.** Die Kommission für Bodenreform und Sicherstellung der Produktion wird, um den Fleischbedarf sicherzustellen, eine Zentralbrutanstalt errichten. Diese Anlage kauft jede Gattung Geflügel in unbefränkter Menge zu hohen Preisen, oder übernimmt Eier mit Beteiligung an dem Bruttoergebnis. Nähere Auskunft 5. Bez., Franz Deakgasse 10, 1. Stock 2.

* **Ueberfiedlung von Matrikelämtern.** Das Matrikelamt des 5. Bezirkes wird aus dem Bezirksvorstehungsgebäude in das Haus Alkotmánygasse 4,

das Matrikelamt des 8. Bezirkes aus dem Bezirksvorstehungsgebäude in das Haus Scitobfjtgasse 2 überfiedelt.

Tagesneuigkeiten.

* **Wetterbericht.** In Budapest war das Wetter heute sehr schön, trocken und milde. Die Temperatur betrug früh 7 Uhr + 12.1 Gr. C., mittags 1 Uhr + 18.7 Gr. C., abends 7 Uhr + 15.5 Gr. C.

* **Die Fenilletonzeitung** mußte heute infolge Raum Mangels wegbleiben.

* **Unterbleibende Empfänge.** Die Volksbeauftragten für Heerwesen Kun, Böhöm, Szántó, Fidler und Saubrich werden Freitag und Samstag wegen anderweitiger Inanspruchnahme niemanden empfangen. Der Volksbeauftragte für Heerwesen Béla Kun wird Freitag und Samstag infolge anderweitiger Inanspruchnahme niemanden empfangen.

* **Zentral-Wohnungskommissariat.** Die Verwaltungskommission des Budapester Zentral-Arbeiter- und Soldatenrats hat in das Zentral-Wohnungskommissariat delegiert: den Maschinenschlosser Franz Szibós, den Eisenbahnarbeiter Alexander Kocsis, die Bauarbeiter Josef Dinys und Paul Tonka, den Maschinenschlosser Franz Csirip und den Eisenbahnarbeiter Johann Fodor. Die Delegierten haben Freitag, den 18. April, um 9 Uhr früh bei dem Zentral-Wohnungskommissariat zu erscheinen.

* **Die Mietzinse für den Monat Mai.** Von nun an sind bekanntlich die Mietzinse für die Wohnungen der in öffentlichen Besitz übergegangenen Häuser im Sinne einer Verordnung des Volkskommissars für Finanzen in monatlichen Raten zu bezahlen; die Entrichtung der Mietzinse in wöchentlichen, zweiwöchentlichen, viertel-, halb- oder ganzjährigen Raten hört auf. Mit der Zentralmanipulation der Einkassierung der Mietzinse hat der Volkskommissar für Finanzen die Postsparkasse betraut, die durch umfassende Verfügungen Garantien dafür schaffen will, daß die Mietzinse der in öffentlichen Besitz übernommenen Häuser auf dem ganzen Gebiet des Landes pünktlich einlaufen. Im Sinne einer zu diesem Zweck herauszugebenden neuerlichen Verordnung ist es Pflicht der Hausvertrauensmänner, die Mietzinse zu übernehmen. Die Hausvertrauensmänner werden in ihren Agenden die Mitwirkung der Hausbesorger in Anspruch nehmen können. Die Hausvertrauensmänner sind unter gemeinsamer Verantwortung verpflichtet, die Mietzinse längstens bis zum 5. eines jeden Monats im Wege der für diesen Zweck angefertigten Postsparkassen-Mietzinsblankete zugunsten des staatlichen Hauszinskontos einzubezahlen. Im Interesse der Vermeidung von Stauungen können in Budapest die Einzahlungen einerseits bei jedem Postamt, andererseits bei den zu bezeichnenden Finanzinstituten erfolgen. In der Provinz erfolgen die Einzahlungen bei den von der Postsparkasse damit betrauten Finanzinstituten, beziehungsweise bei den von diesen zu bezeichnenden Kassen. In Budapest wird die Kontrolle der Einzahlungen von den Bezirks-, in der Provinz von den lokalen Wohnungskommissionen bewerkstelligt. Zum Zwecke der Ermöglichung der Kontrolle sind die Hausvertrauensmänner verpflichtet, über die von ihnen einkassierten Mietzinse sowie über eventuelle Rückstände den Bezirks-Wohnungskommissionen einen genauen Ausweis zu unterbreiten. Zum Zwecke der Kontrolle sind sie gleichzeitig verpflichtet, in jedem Hause die Mieter in Evidenz zu halten; in den Evidenzbögen ist die ziffermäßige Richtigkeit der Miete durch Unterschrift der einzelnen Parteien nachzuweisen. Die neue Ordnung tritt bereits anläßlich der Mieten für den Monat Mai in Kraft.

* **Die Maifeier.** Der 1. Mai wird heuer in der ganzen Welt in noch nie dagewesener, großartiger Weise gefeiert werden. Die Hauptstadt der Ungarischen Räterepublik trägt die weitestgehenden Vorbereitungen, um den Weltfeiertag zu einem denkwürdigen Tag zu gestalten und die Einigkeit des arbeitenden Volkes und den Sieg des Proletariats zum Ausdruck zu bringen. Die ungarische Hauptstadt wird in glühendem Rot prangen. Die bedeutenderen Straßenzüge werden roten Festschmuck anlegen, rot umhüllt wird auch das Millenniumsdenkmal sein, von dessen rotem Kleide nur eine den Kommunismus verherrlichende Aufschrift abstecken wird. Im Stadtwaldchen wird das Auge nur dem üppigen Grün der erwachenden Natur und dem von Menschenhänden hingezauberten Rot begegnen. In der Mitte des Stadtwaldchenteiches wird eine Insel geschaffen, auf der sich eine drei Meter hohe Statue, der bekannte rote Mann des Plakats der „Röspava“, mit dem niederstausenden Hammer in der Hand erheben wird. Die historische

Gebäudegruppe der Széchenyiinsel wird am Abend rot illuminiert. Die Fassade der Industriehalle wird rot überzogen und mit künstlerischen Fresken geschmückt werden. Im vollen Festschmuck der Internationale wird auch die Andrássystraße prangen. Die Bewohner werden durch die Hausvertrauensmänner aufgefordert, die Häuser mit Fahnen, Teppichen und Decken zu schmücken. Wo es keine roten Fahnen gibt, werden solche im Wege der Vertrauensmänner zur Verteilung gelangen. Auch die Umgebung des Westbahnhofes, der Berlinerplatz, der Franz Josefplatz, das Gresham-Palais, die Donaubrüden und der Tunnel werden in herrlichem Rot prangen. Auf der Generalwiese wird ein Volksfest und auf der Margareteninsel ein Kinderfest veranstaltet. Abends wird auf der Zitadelle ein blendendes Feuerwerk abgebrannt werden. Diese und zahlreiche andere Veranstaltungen bilden nur die Außenseiten der herrlichen Feiern und den würdigen Rahmen des erhebenden Gefühls, das am ersten Tage des Monats Mai die Seelen der arbeitenden Millionen beherrschen wird.

* **Märchennachmittage in den Kinderospitälern.** Ueber Verfügung des Volkskommissars für Unterrichtsweisen werden in den Kinderospitälern Märchennachmittage veranstaltet. Heute nachmittag erzählen den Kindern Märchen: im Adele Brödy-Kinderospital Markus Pogány und Frau Markus Pogány, im Blindeninstitut Ludwig Gyözö, im Stefanie-Kinderospital Oskar Szalai und Stefan Sárány, im Weißen Kreuz-Kinderospital Julius Léva und Stefan Csürös, im Robert Koch-Spital Frau Jolán Bach-Nógrády und Ladislaus Biró, im St. Stefanspital Frau Dr. Sigmund Salamen, im Heim der verkrüppelten Kinder Hermine Heidenfeld und im staatlichen Kinderospital Jda Akermann und Josef Szigi.

* **Oster-Werbung im Népliget.** Die Vorbereitungen für die Ostersonntags-Werbung im Népliget sind bereits beendet, und hat das Arrangierungskomitee das Programm für das Proletarierfest schon endgültig festgestellt. Nachmittags 3 Uhr eröffnen die Militärmusiken und Volksmusikanten das Werbefest mit der Internationale, die Liedertafel aber wird die Marseillaise und die Internationale singen. Im Népligeter Mühlkör treten die Jungschauspieler auf. Sämtliche Theaterleben figurieren auf dem Programm; sie werden deklamieren, singen und Szenen vortragen. Im Laufe des Nachmittags wird es drei Vorstellungen geben, und vor jeder einzelnen wird je ein Delegierter der Ungarischen Sozialistischen Partei zu den Proletariern über die Bestimmung der Roten Armee sprechen. Im Zirkus beginnt die Vorstellung nach 3 Uhr. Außer den Artisten des Zirkus treten die besten Artisten der Hauptstadt auf. Johann Czaja wird ringen. Eine Wanderbühne wird das ganze Népliget durchqueren und an verschiedenen Stellen Vorstellungen abhalten. Es werden zwei Bühnen aufgestellt, auf denen die vorzüglichsten Künstlerinnen und Künstler deklamieren, singen und Redner der Partei an die Proletarier Reden halten werden. In den Kinotheatern werden aktuelle Filme vorgeführt werden. Vorausichtlich werden hunderttausend Menschen bei der Oster-Werbung draußen sein. Ueber die Ordnung wird die Rote Garde wachen.

* **Die Weltveranschaulichungsabteilung des Arbeiterfortbildungskurses.** Das Volkskommissariat für Unterrichtsweisen hat mit der Leitung der literarischen, künstlerischen und philosophischen Abteilung des Arbeiterfortbildungskurses den Genossen Ervint Sinkó betraut. Für die einzelnen Fächer hat das Direktorium für Kunst und Literatur die Mitglieder delegiert. Die unter der Leitung Sinkós stehende Weltveranschaulichungsabteilung wird in den einzelnen Bezirken und Fachorganisationen Vorträge arrangieren. Das Volkskommissariat für Unterrichtsweisen fordert die Fach- und Parteiorganisationen, sowie die Presse und die Arbeiterräte der Bezirke auf, für diese in den nächsten Tagen beginnenden Vorträge eine lebhafteste Propaganda zu entfalten. Wegen der Abhaltung von Vorträgen wolle man sich an die Leitung der Weltveranschaulichungsabteilung des Arbeiterfortbildungskurses (8. Bezirk, Esterházygasse 26, Parterre 3) wenden.

* **Anmeldung der Inventare durch die Betriebe der Bekleidungsindustrie.** Das Volkskommissariat der Sozialen Produktion hat angeordnet, daß die Betriebe der Bekleidungsindustrie (auch die Kleingewerbetreibenden) bis spätestens 22. April mittels rekommandierten Briefes der Textilabteilung des Volkskommissariats für Soziale Produktion (Budapest, V., Falk Miksgasse 26) ihr vollständiges Inventar anzumelden haben. In diese Meldung sind auch die genaue Adresse, die Zahl, Länge und Breite

(in Metern) der Werkstättenräume aufzunehmen und auch zu bemerken, ob die Werkstätten derzeit im Betriebe sind oder nicht, in letzterem Falle, was die Ursache der Betriebseinstellung (Materialmangel, Mangel an einer sachgemäßen Leitung etc.) ist. Das Inventar ist in Gegenwart von zumindest drei Betriebsangestellten und wo es solche Angestellten nicht gibt, von den Delegierten der Fachgewerkschaft, beziehungsweise des lokalen Arbeiter-, Militär- und Bauernrates aufzunehmen und von diesen vidimieren zu lassen.

Die Literatur der Zukunft. Die literarische Sektion des Verbandes der schöpferischen Künstler und der forschenden Gelehrten hielt heute abends im Beine der Fachorganisation der Journalisten eine Ausschusssitzung, in welcher im Auftrage des Volkskommissars für Unterrichtswesen der Leiter der literarischen und künstlerischen Gruppe des Volkskommissariats Béla Balázs die Pläne des Volkskommissariats bezüglich der Literatur der Zukunft darlegte. Nachdem Eduard Kabos die Sitzung eröffnet hatte, führte Béla Balázs aus: Provisorisch sei aus vielen Gründen auf dem Gebiete der Literatur eine Zentralisation notwendig, die eigentlich nicht in der Absicht der kommunistischen Kultur gelegen ist. Dieses Provisorium hat drei Ursachen: erstens solche wirtschaftlicher Natur, zweitens muß der Staat für die Uebergangszeit eine unmittelbare politische Aufsicht führen und drittens fühlt die kommunistische Regierung eine außerordentlich große Verantwortlichkeit nach der Richtung hin, zu welcher Literatur sie die noch von jeder Kultur unberührten Proletariatsmassen zuerst gelangen lasse. Die Diskussion werde auf prinzipieller Grundlage auf dem Gebiete der Literatur frei sein, doch sei die Zensur auch in der Literatur nicht vermeidlich und diese Zensur werde der Staat selbst im Wege einer aus Schriftstellern bestehenden Zensurgarde üben. Die Grundlage jener Schriftstellerförperschaft, die die Zensoren aus ihrer eigenen Mitte entsendet, werde der Schriftstellerkataster sein, dessen Anlegung in erster Reihe ein Interesse der Schriftsteller sei. Literatur und Journalistik müssen streng voneinander getrennt werden. Die Zeitungs-„Literatur“ im heutigen Sinne werde übrigens aufhören. Die Tagespresse wird in den Dienst des Proletarstaates gestellt. Die Schriftsteller selbst werden entscheiden, was gedruckt werden soll und was nicht. Was die Befolgung der literarischen Tätigkeit betrifft, so stellt die Regierung zwei Kategorien auf: es wird Werke geben, die sie auf Grund des Gutachtens der Lektoren ankauft und solche, die sie nicht ankauft, aber zuläßt. Sowohl Bücher als Stücke werden mit einer einmaligen Summe angekauft, die jedoch so groß sein wird, daß der Schriftsteller von ihr anständig leben könne. Namens des Ausschusses dankte Eduard Kabos für die Darlegung Balázs', die vom Ausschusse zur Kenntnis genommen wurde.

Militärspport. Auf dem Neuperster Spielplatz der UIC kam heute ein Fußballwettbewerb der Neuperster Expositur des 7. Regiments der Roten Wache und der zweiten Truppe des UIC zur Austragung. Dieses erste Treffen endete mit 5:0 (3:0) zu Gunsten der Roten Wacheleute. Die Fußballabteilung obigen Kommandos übernimmt und vermittelt Verpflichtungen der Militärtruppe auf Wettspiele. (Neuperst, Csokonai-gasse 34.)

Neue Preise für die Herstellung von Herrenkleidern. Die morgige Nummer des Amtsblattes wird eine Verordnung der Zentral-Preisprüfungs-Kommission veröffentlichen, in welcher die neuen Preise für die Anfertigung von Herrenanzügen nach Maß neuerlich festgesetzt werden. Die neuen Preise sind wie folgt bemessen: Sacko-Anzug erster Klasse 550 Kronen; Sacko-Anzug zweiter Klasse 400 Kronen; Jaquet-Anzug 600 Kronen; Ueberzieher 380 Kronen; Winterrod 430 Kronen; Hose 120 Kronen; Volksbelleidungs-Anzug 350 Kronen. Die Anfertigungspreise sind für glatte Arbeit berechnet und enthalten auch den Preis für Nähwirm oder Nähseide. Die vom Besteller gewünschten speziellen Arbeiten können separat aufgerechnet werden. Die neuen Preise können auch für jene Schneiderartikel gerechnet werden, die vom Meister mit dem Arbeitgeber seit 10. März bisher verrechnet wurden oder nach Vereinbarung dieser Verordnung verrechnet werden.

Der gewesene Abgeordnete Johann Novák zu fünfzehn Jahren Zuchthaus verurteilt. Aus Kaposvár wird gemeldet: Das Revolutionsgericht in Kaposvár hat den früheren Abgeordneten des Wahlbezirks Csurgó Johann Novák zu fünfzehn Jahren Zuchthaus verurteilt, weil er in der Gemeinde Sand gegen die Proletariatsliteratur aufgetreten und die Wahl des Arbeiterrats verhindert

hatte. Er hatte auch erklärt, daß man die Kirchen niederreißen, die Schulen zerstören und die Frauen zur allgemeinen Beute machen wolle. In der Verhandlung wurde festgestellt, daß Novák, als er vor acht, neun Jahren Abgeordneter wurde, vierzig Joch Feld besaß und heute tausend Joch besitzt. Der frühere Minister Szabó wollte ihn aus der Partei der Kleinlandwirte ausstoßen. — Gleichzeitig beurteilte das Revolutionsgericht in Kaposvár Mathias Horvát und Ludwig Gazda zum Tode durch Erschießen, weil sie in der Nacht am 29. des vorigen Monats in Nagymaros Emerich Rejzly ausgeraubt haben.

Sammlung der Andenken an die Revolution. Die Sammlung der Andenken an die Revolution ist ein erstklassiges Interesse für die Entwicklung der Proletarierbildung. Diese Andenken müssen öffentlicher Schatz werden. Ich fordere jedermann auf, der auf die Revolution bezügliche Andenken, wie Abzeichen, Fahnen, Bilder, Photographien, Flugschriften, Manuskripte, an die Ereignisse der Revolution sich anschließende Andenken hat, diese unverzüglich dem mit der Sammlung dieser Andenken betrauten Hauptstädtischen Museum (VII., Stefaniestraße, Telephon 153-16) anzumelden. Die Anmeldung kann persönlich, schriftlich oder telephonisch erfolgen. Der politische Beauftragte für Kunst- und Musealangelegenheiten des Volkskommissariats für Unterricht.

Einschränkung der Budapest Ueberfuhrschiffahrten. Die Direktion der Ungarischen Fluß- und Seeschiffahrts-Aktiengesellschaft gibt bekannt, daß sie mit Rücksicht auf den Kohlenmangel die Ueberfuhrschiffahrt Budapest-Hungariering aber vom bezeichneten Tage an nur in der Zeit von 6 Uhr früh bis 7 Uhr abends aufrecht erhält.

Landesverband der Beamtinnen. Die für den 18. d., halb 6 Uhr nachmittags angekündigte Vereinsversammlung findet im großen Saale der Musikakademie statt.

Das Schicksal der Hauslehrer und Erzieherinnen. Der Volkskommissar für Unterricht hat auf Grund des Memorandums des Landesverbandes der Hauslehrer und Erzieherinnen, aber auch deshalb, damit in unserem neuen Staatsleben die Placierung der in nicht öffentlichen Anstalten wirkenden Tagelöhner der Kultur gesichert werde, eine Kommission zur Erledigung dieser Frage entsendet, in welche Kommission sowohl das Volkskommissariat für Unterricht, als auch der Landesverband ihre Vertreter entsandten. Die Arbeiten dieser Kommission sind so stark fortgeschritten, daß schon in kurzer Zeit zur Unterbringung sämtlicher Privatlehrer, Stundengeber, Sprachmeister, Vorbereiter, Erzieher und Erzieherinnen geschritten werden kann. Damit die Kommission die spezielle Eignung der betreffenden Bewerber berücksichtigen könne, sind statistische Zusammenstellungen notwendig. Behufs Uebernahme und Ausfüllung der statistischen Blätter hält der Landesverband der Hauslehrer und Erzieherinnen Ostermontag, den 20. d., nachmittag um halb 6 Uhr, im alten Abgeordnetenhaus eine Vollversammlung, zu welcher alle Interessenten geladen werden. Vorhergehend hält das Exekutivkomitee des Verbandes in der Reformschule (4. Bezirk, Semmelweisgasse Nr. 19, Halbstock) eine Ausschusssitzung.

Anruf an die Liedertafeln. Das Volkskommissariat für Kriegswesen fordert die Leiter aller Liedertafeln von Budapest und der Umgebung auf, den Stand ihrer Liedertafel unverzüglich dem Leiter der musikalischen Sektions, Festung, Disz-tér 2,

3. Stock Tür 11, bekanntzugeben. Zweck: Mitwirkung beim großen Festzug am 1. Mai.

Abis für Militärmusikanten! Das Volkskommissariat für Seerwesen ruft alle jene Militärmusikanten-Gesellen, die sich in der Festung zwecks Aufnahme in die Rote Militärkapelle persönlich gemeldet haben, auf, zur Probeleistung in der Marzkapelle (vormalige Einserhonvedkapelle) oder bei der Roten Jägerkapelle in der Fauréskapelle (ehemalige Nádasdykapelle) zu erscheinen. Die sich bis spätestens 19. d. nicht melden, werden nicht beachtet. Jene Militärmusiker, die sich von der Provinz aus brieflich gemeldet haben, notenkundig sind und zumindest ein Blasinstrument beherrschen, mögen gleichfalls in einer der genannten Kapellen zur Probeleistung erscheinen. Die für geeignet Befundenen erhalten in der Karl Liebknechtkapelle Verpflegung und Quartier.

Theater, Kunst und Literatur.

(Nationaltheater.) Gerhart Hauptmanns geistvoll satyrische Diebstahlskomödie „Der Biberpelz“, dieses geniale Meisterstück künstlerischer Realistik, gelangte heute im Nationaltheater nach längerer unbegreiflicher Archivruhe in neuer Einstudierung zur Wiederaufführung. Die Darstellung des Stückes ließ wieder einmal erkennen, daß man die Künstler des Nationaltheaters nur vor vollwichtige Probleme der Bühnengestaltung zu stellen braucht, um die ganze Fülle ihrer Begabung, ihres Könnens, zu erschließen. Noch steht uns die vorbildliche Ausführung der Komödie durch das Brahmsche Künstlerensemble vor Augen, aber die Gestaltungen etwa der Frau Fáy als Mutter Wolfen, der Herren Bethes und Gál als Wehrhahn und Krüger stehen trotz kleiner Verstärkungen in der Dynamik des Tones und des Temperaments an Lebensechtheit, an künstlerischer Feinarbeit der Synthese, an überzeugender Eindringlichkeit der Wirkung, um nichts hinter den vielgerühmten Urbildern der deutschen Kollegen zurück. Und statt zwei dimensionaler Skizzen, wie sie uns im Flachwerk feichten Bühnenschauspielen sonst vorüberzusehen, sahen wir heute in den Episodenfiguren der Künstlerinnen Nagy und Agghy, der Schauspieler Bartos, Fehér, Sugár und Bodnár Menschen, die aus der Wirklichkeit auf die Bühne gestellt schienen. Das dicht besetzte Haus kam dem Werk mit vollem, lächelndem Beifall der prächtigen, vom Regisseur Csathó flug beherrschten Aufführung mit lebhaftem Beifallsdank entgegen.

(Königstheater.) Die neue Theaterordnung, die in der Operette an Stelle des Tanzes die Musikwerte setzt, hat dem Spielplan unserer ersten Operettenbühne die klassisch gewordenen „Bloden von Cornenille“ eingefügt, die in den Siebzigerjahren an der Spitze des Genres standen. Die Künstler des Königstheaters entledigen sich der ungewohnten Aufgabe im Ganzen glücklich. Sie hatten sich rasch dem Stil des Kostümsstückes angepaßt und da auch die Singstimmen vorhanden sind, gewannen die Partien des Marquis durch Király, der Germaine durch Frau Kosáry, ebenso die der Serpolette durch Frau Lábass tadellose Interpretation, und Rátka, der den Gaspard darstellte, fand mit vollem Erfolg zur tiefen Kunst des Charakterspielers zurück. Der vortreffliche Maire Latabárs ergänzte das Ensemble, dessen musikalischem Teil Kapellmeister Bertha zu seiner vollen Geltung verhalf. Die Reprise fand ungeteilten Beifall.

(Konzert.) Die sich aus dem „Ungarischen Frauenchorverein“, dem „Budapester Männergesangs- und Orchesterverein“ zusammensetzende Vereinigung von Kunstfreunden brachte heute im Akademiesaal unter Emil Lichtnerbergs Leitung Bachs „Johannes-Passion“ zur Aufführung. Das erhabene Werk, dem eine künstlerisch hingebungsvolle Wiedergabe zuteil wurde, übte tiefgehende Wirkung und löste in dem dichtbesetzten Saal wiederholte Ausrufe stürmischen Beifalls aus, der in gleicher Weise dem Dirigenten, den Körperschaften und den mitwirkenden ausgezeichneten Solisten, den Damen Medek und Basildes, den Herren Székelyhidly, Szemere und Kálmán galt.

In der Nationaloper fand heute vor-mittag die Generalprobe von Richard Strauß' „Ariadne auf Naxos“ statt. Die Generalprobe der von Kerner geleiteten Novität, in welcher in den Hauptpartien die Schauspielerinnen Sándor, Zaboróky und Marschalkó, die Bühnenkünstler Körösi, Gábor, Zádor, Farkas, Szende und Déri beschäftigt sind, fand vor einem durch Künstler und Kunstfreunde dichtbesetzten Hause statt und begabte lebhaftem, beifallsfreudigen Interesse.

In Lustspieltheater gelangt Samhag Csokonais Lustspiel „Az özevgy Karolyán s két

Hallo! Wer hat gebrauchte Schallplatten? Hallo!

Alte oder gebrochene Schallplatten kauft oder tauscht zu höchsten Preisen, solange der Rohstoffmangel anhält, das Instrumenten-Warenhaus

WÁGNER

Bpest, VIII., Tózsét-körút 15

Warnung! Achten Sie auf den Namen **Wágnér**, damit Sie sich nicht in ein anderes Geschäft verirren.

Sprechmaschinen bis 1500 K

Preiskatalog gratis.



szaleburdiak" zur Erstaufführung. Das lustige Stück, das schon vor 120 Jahren das Publikum entzückte, gibt den Interpreten Gelegenheit zu prächtigen Gestaltungen. Die Hauptrollen spielen Hermine Harashty, Friedrich Tanay und Géza Kardos. Die sonstigen größeren Rollen haben Ella Gombafögi, Franz Vendrey, Zoltán Szerény, Aladár Fenyő, Alice Ronay und Zrene Csáky inne. Am selben Abend wird auch Ludwig Bartas einaktiges Gesellschaftsbild „A sötét ház" mit dem Ehepaar Göth, Paul Lukács, Hermine Harashty, Emil Fenyő und Edmund Bárdy in den Hauptrollen aufgeführt. Morgen, Freitag, wird Shaw's „Candida" gespielt.

* Im Stadttheater wird morgen, Freitag, die Oper „Mignon" in der bekannten vortrefflichen Besetzung aufgeführt. Samstag wird „Das Dreimäderlhaus" („Három a kislány") wiederholt.

* Im Intim-Kabarett ernten die neuen Stücke des interessanten und abwechslungsreichen Programms „Az áruló kéz", „Szemet szemért", „A nők bolondja" alltäglich stürmischen Beifall im stets ausverkauften Hause. Oster Sonntag und Montag finden je zwei Vorstellungen der wackeren Künstlergarde statt. Die Nachmittagsvorstellung nimmt um 2 1/2 Uhr ihren Anfang. Die Eintrittspreise zu diesen Vorstellungen sind erheblich ermäßigt. Es empfiehlt sich, die Karten im Vorverkauf bei der Kasse Theaterstr. 46 oder in den Kartenbureau zu lösen.

* Zwei einaktige Opern, und zwar „Vándor" von Palladille und „Der Apotheker" von Haydn gelangen Freitag, den 18. d., im Medgyaszay-Theater zur Aufführung. In den übrigen Abenden der Woche, wie auch an den Feiertagsnachmittagen gehen die Operette Offenbach's „Kivül tágasabb", das Revolutionsstück Melchior Lengyel's „Névpárti estély" und Haydn's „Der Apotheker" in Szene.

Volkswirtschaft.

‡ (Die wirtschaftlichen Verhandlungen zwischen Ungarn und Deutschösterreich.) Aus Wien wird telegraphiert: Wie die „Ungarische Post" meldet, umfassen die derzeit zwischen dem ungarischen Volkskommissar für Finanzwesen Julius Lengyel und dem Staatssekretär für Aeußeres Dr. Bauer, sowie dem Staatssekretär für Finanzwesen Dr. Schumpeter geführten Verhandlungen den ganzen Komplex der zwischen Deutschösterreich und Ungarn bisher schwebenden finanziellen und wirtschaftlichen Fragen. Die Besprechungen sind schon ziemlich fortgeschritten und befassen sich hauptsächlich mit der Klärung der Frage der Staatsschulden der Oesterreichisch-ungarischen Bank, der gegenseitigen Forderungen von österreichischen und ungarischen Staatsbürgern, der in Oesterreich befindlichen ungarischen Staatswerte, sowie der Frage der Ausprüche von österreichischen Staatsbürgern, die aus der Sozialisierung ihrer in Ungarn befindlichen Betriebe entstehen, schließlich der Angelegenheit des gegenseitigen Warenaustausches. Wie von ungarischer Seite versichert wird, läßt sich die ungarische Regierung bei diesen Verhandlungen von der Intention leiten, daß ausländische Staatsbürger durch die neue wirtschaftliche Orientierung Ungarns nicht geschädigt werden sollen. Der bisherige Gang der Verhandlungen läßt in dieser Hinsicht auf ein günstiges Ergebnis hoffen. Die umfassenden Vereinbarungen, die im Laufe der jetzt schwebenden Verhandlungen erzielt werden dürften, werden Sicherungen für eine ungestörte wirtschaftliche Verbindung zwischen den beiden Staaten schaffen und voraussichtlich auch dazu beitragen, die aus der wirtschaftlichen Unsicherheit entstammenden politischen Trübungen zu beseitigen.

‡ (Die Elektrifizierung der ungarischen Staatsbahnen.) Es ist ein erwünschtes Interesse des Landes, eine je rationellere Ausnützung der Energien herbeizuführen, um dadurch in erster Reihe eine schwere Unterlassung des Kapitalismus auszugleichen. Es ist zu diesem Zwecke in Aussicht genommen, den Verkehr auf den Staatsbahnen und auf allen hiezu geeigneten Linien der sozialisierten ungarländischen Privatbahnen mittels elektrischer Energie abzuwickeln. Dadurch wird es möglich sein, bei Zugrundelegung des Kohlenkonsums in der Zeit vor dem Kriege unsere Kohlenvorräte, welche etwa für 65 bis 70 Jahre genügend sind, auf ein halbes Jahrhundert länger hinaus zu strecken. Die Elektrifizierung der ungarischen Großbahnen bezweckt die wirtschaftlich ergiebigste Ausnützung der zur Verfügung stehenden Energien, wozu die rationelle Inanspruchnahme der Wasserkräfte, Erdbasbrunnen, Torfanlagen und besonders der unter Abbau befindlichen Kohlenbeden in Aussicht genommen ist. Es sollen auf der Donau drei stufenweise auszubauende Energie entwickelnde Stationen geschaffen werden, und zwar auf dem Mosoner und Sorokjärer Donauarm und in der Nähe der Stadt Szegendre. Die Arbeiten auf dem So-

rokkärer Donauarm sind bereits in Angriff genommen. In der Region der Kohlenbergwerke soll zuerst an einem geeigneten Punkt des Budapester Regionalkohlenbeckens (Magyokvácsi, Solymár, Bilisvörösvár, Dorog, Annadvölgy, Tokod und Tatahánya) eine Dampfzentrale aufgestellt werden und soll zur Kalorienproduktion besonders die Abfallkohle benützt werden. Die gesamte von den Budapester elektrischen Zentralen produzierte elektrische Energie soll auf ein Kabel umgeschaltet und auch der Strom der Zentrale des Kohlenbeckens eingeschaltet werden. Die produzierte gesamte Energie wird in einem mächtigen Reservoir akkumuliert und von dort einheitlich unter die Stromkonsumenten verteilt werden. Von hier aus sollen alle Groß- und Kleinbahnen in der Umgebung von Budapest, die Fabriksbetriebe und die Privatkonsumenten mit Strom versehen werden. Es ist geplant, alle von Budapest ausgehenden Hauptlinien — es handelt sich hierbei um 2500 Kilometer — zu elektrifizieren, wodurch ein Rekord in Europa geschaffen würde, da in dem auf diesem Gebiete am meisten fortgeschrittenen Italien nur 540 Kilometer Großbahnen in elektrischem Betrieb stehen. Als Probegebiet ist die 58 Kilometer lange zweitklassige Strecke Budapest—Estergom in Aussicht genommen, wobei auf der Probestrecke 2500pferdekraftige Elektromotoren bei einer Stromspannung von 15.000 Volt die Züge führen werden. Bei regelmäßiger ausländischer Rohmaterialien, besonders Metallimport, kann die Elektrifizierung der 2200 Kilometer langen Hauptstrecke in sechs bis zehn Jahren durchgeführt werden. Als erste soll dann die Hauptlinie Budapest—Királyhid a elektrifiziert werden.

* (Gewährung landwirtschaftlicher Kredite.) Die Finanzinstituts-Zentrale hat für die Deckung des Geldbedarfes der mehr als 100 Zoch umfassenden Grundbesitze eine besondere Abteilung für landwirtschaftliche Kredite errichtet. Die zum Betriebe der Güter notwendigen Kapitalien werden in jedem Komitat von dem durch die Direktorien bezeichneten Geldinstitute liquidiert. Ist das Kapital aufgezehrt, so wird die neugeschaffene Abteilung der Finanzinstituts-Zentrale die zum Betriebe nötigen Kapitalien zur Verfügung stellen.

‡ (Die Geschäftsführung der Konsumgenossenschaften.) Der politische Bevollmächtigte Alexander Samburger hat in Angelegenheit der ungarländischen Konsumgenossenschaften an die Komitats- und städtischen Direktorien einen Erlaß gerichtet, in welchem es unter anderem heißt: Die lokalen Direktorien dürfen sich in die internen Angelegenheiten der Konsumgenossenschaften nicht einmengen. Insbesondere ist es verboten, die Konsumgenossenschaften zu schließen, Waren, Geld oder Geschäftsbücher zu beschlagnahmen, die Leiter oder deren Stellvertreter ohne Zustimmung des politischen Bevollmächtigten zu entfernen, die Bezahlung der Angestellten zu erhöhen oder anzudeuten, neue Angestellte in das Geschäft einzustellen und die Preise im Gegensatz zu den diesbezüglichen Anordnungen des Regierungsrates willkürlich festzusetzen. Die Einhaltung der Verkaufsvorschriften wird von den lokalen Direktorien der Städte, beziehungsweise Gemeinden kontrolliert, die behufs weiterer Verfügung über eventuelle Mißbräuche zu berichten verpflichtet sind. Die Mitglieder des Direktoriums können für ihre Kontrollarbeit in Zukunft keine Entlohnung beanspruchen. Jede Konsumgenossenschaft ist bis auf weitere Verfügung verpflichtet, ihre Tätigkeit fortzusetzen, kann demnach den Betrieb weder einstellen oder einem anderen übertragen, noch ihre Liquidation aussprechen. Die Leiter der Konsumgenossenschaften oder ihre Angestellten sind verpflichtet, auf ihrem Platz zu verbleiben und können ohne vorherige Zustimmung des politischen Bevollmächtigten aus ihrem Dienstort nicht entfernt werden. Die Bezahlung der Leiter und Angestellten kann bis zur allgemeinen Regelung im allgemeinen nicht höher sein als sie bisher gewesen. Die Aufsicht über die Zentralen der Konsumgenossenschaften und deren Provinzpositionen behält sich der politische Bevollmächtigte vor, weshalb sich die Direktorien in deren Geschäftsgebarung nicht einmengen können. Die Direktorien sind verpflichtet, die Zentralen und deren Exposituren in ihrer Tätigkeit und besonders hinsichtlich des Warentransportes zu unterstützen.

‡ (Die landwirtschaftliche Lage in Ungarn.) Ueber die landwirtschaftliche Lage in Ungarn äußert sich die Leitung der Kriegsprodukten-N.-G. in der „Munka" wie folgt: Des ungünstigen Wetters halber konnten die landwirtschaftlichen Arbeiten im Herbst nicht ganz beendet werden, so daß mit Herbstsaaten ein kleineres Areal bebaut wurde, als im Vorjahre.

Da aber die nächstjährige Versorgung davon abhängt, daß ein je größeres Territorium bebaut werde, haben heuer die Frühjahrsarbeiten gesteigerte Bedeutung und unsere landwirtschaftlichen Genossen müssen alles mögliche aufbieten, damit die Abgänge des Herbstanbaues vollständigen Ersatz finden. Laut den eingelangten Informationen hat unsere Aufforderung an die Landwirte den besten Erfolg gehabt und die Frühjahrsarbeiten werden im ganzen Lande auf das intensivste betrieben, wozu der Umstand beiträgt, daß eine besondere Kommission ohne jede bureaukratische Umständlichkeit für die Verteilung des Samens sorgt. Was die Einlieferung der Getreidevorräte betrifft, wurden Beamten-genossen entsendet, die entsprechend der Verfügungen des Volkskommissariats für öffentliche Versorgung, respektive der lokalen Direktorien für die Sicherung respektive Verendung der Vorräte sorgen. Auch die Kommissionäre unterstehen der Kontrolle der lokalen Direktorien und man kann damit rechnen, daß das Mißtrauen, welches während des früheren Regimes an manchen Orten den Kommissionären entgegengebracht wurde, schwinden wird. Die Kommissionäre haben den Auftrag erhalten, für den raschen Abtransport der Bestände zu sorgen und es kann von dieser Aktion ein günstiges Resultat erwartet werden, da die Kommissionäre von der Wichtigkeit ihrer Aufgabe durchdrungen sind. Jedenfalls aber ist es notwendig, daß jedes zur Bebauung geeignete Stückchen Boden bearbeitet werde, denn hievon hängt unsere Versorgung ab.

* (Das Volkskommissariat für Soziale Produktion) hat alle Zentral-, Heiz-, Wasserleitungs-, Kanalisierungs- und Gasinstallationsmaterialien mit Beschlag belegt. Solche Materialien dürfen nur auf Anweisung des Materialbureaus für Installierungen, Waighnerboulevard 31, ausgefolgt werden. — Die Essigfabriken, welche auf dem Gärungsweg produzieren, sind verpflichtet, anzumelden, ob sie in vollem Betrieb sind oder durch welche Umstände die Produktion behindert ist.

Magyar Nemzeti Operaház
Május királynője.

Orfeusz.
Este fél 6 órákor

Nemzeti Színház.
Don Carlos.
Kezdeté 5 órákor

Vigszínház.
Candida.
Kezdeté 6 órákor.

Városi Színház.
Mignon.
Kezdeté 6 órákor.

Király Színház.
Geschlossen.

Magyar Színház.
Fehér Anna.
Kezdeté 6 órákor.

Fővárosi Orfeum.
Heute und täglich:

A Tolmács
(English spoken)
und das April-Programm.
Anfang um 7/16 Uhr.

Royal-Orfeum.
Jeden Abend Punkt 7/16 Uhr
Világ proleárral egyesüljétek!
Beppe
und das glänzende April-Programm.
Donnerstag nachm.
7/13 Uhr Vorstellung.

Intim-Kabaré.
Teréz-körút 46. Tel. 65-54.
Báthory Gizella vendégfelléptével
Az áruló kéz.
A nők bolondja.
Szemet szemért.

Kristálypalota
Revü-színház.
Szerecsen-utca 35. szám.
Minden este 7/16 órákor

Pesti erkölcsök

Budapesti Színház.
Geschlossen.

Belvárosi Színház.
(Modern Színpad.)
Koronaherceg-utca 6. sz.
Francia négyes.
Kezdeté 6 órákor.

Andrássy-uti Színház
Legénylakás.
Ugyanaz férfiben.
Kezdeté 6 órákor

Medgyaszay Színház.
Kivül tágasabb.
Névpárti estély.
A patikus.
Kezdeté 6 órákor.

Kis Komédia
(Folies Caprice.)

Jeden Abend Punkt 6 Uhr:
Rott und Steinhardt
in den Hauptrollen der Schlangensportse
A várvavart pillanatot
és Eifersucht.

Wintergarten.
Uj operett-színház.
Nagymező-utca 22-24.
Csereményszony.
Walter Kollo 3 felv. operettje
Kezdeté 6 órákor.

Beketow
Népcirkusz
Igazgatók: Beketow és Könyöl
Telefon 107-46.
Ma és mindennap két előadás délután 3 és este 6 órákor

elsőrangú magyar műsor
Jegyelővétel a cirkusz pénztáránál délelőtt 10 óratól.
Mozgókep-Öthon
Kényszerházaság.
Hervadás.
Elsőadás 8, 1/2, 6 és 1/2